

Schmidt, Torsten et al.

Article

Frühjahr 2023: Kaufkraftentzug bremst die konjunkturelle Erholung in Deutschland

RWI Konjunkturberichte

Provided in Cooperation with:

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen

Suggested Citation: Schmidt, Torsten et al. (2023) : Frühjahr 2023: Kaufkraftentzug bremst die konjunkturelle Erholung in Deutschland, RWI Konjunkturberichte, ISSN 1861-6305, RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung, Essen, Vol. 74, Iss. 1, pp. 5-45

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/277813>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Torsten Schmidt, György Barabas, Niklas Benner, Boris Blagov, Maximilian Dirks, Daniela Grozea-Helmenstein, Niklas Isaak, Robin Jessen, Florian Kirsch, Philip Schacht und Klaus Weyerstraß

Frühjahr 2023: Kaufkraftentzug bremst die konjunkturelle Erholung in Deutschland¹

Kurzfassung: In diesem Jahr dürfte sich die deutsche Wirtschaft von den Folgen des Energiepreisschocks spürbar erholen. Angesichts der weiterhin hohen Energiepreise dürfte die Erholung aber verhalten ausfallen. Mit derzeit unter 50 Euro je MWh ist der Großhandelspreis für Gas um 100 Euro niedriger als im Durchschnitt der zweiten Jahreshälfte 2022. Davon werden derzeit vor allem größere Unternehmen entlastet, an die die Preissenkungen relativ schnell weitergegeben werden. Für die privaten Haushalte und kleinere Unternehmen wurden Entlastungen durch die Gas- und Strompreisbremse geschaffen, da die Gas- und Strompreise auf der Verbraucherstufe in diesem Jahr noch über den Obergrenzen der Gas- und Strompreisbremse liegen werden. Erst für das kommende Jahr ist damit zu rechnen, dass die Energiepreise auf der Verbraucherstufe deutlicher sinken. Insgesamt ist zu erwarten, dass die Verbraucherpreise in diesem Jahr im Durchschnitt um 5,5% steigen. Im kommenden Jahr dürfte die Teuerung dann 2,2% betragen.

Die Erholung des BIP dürfte nach dem Rückgang im Winter schwach ausfallen. Die noch hohe Inflation sowie die steigenden Zinsen dürften vor allem die Binnennachfrage belasten. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP in diesem Jahr um 0,2% ausgeweitet werden. Erst im Zuge steigender Realeinkommen ist eine stärkere Erholung des privaten Konsums zu erwarten. Im Jahr 2024 dürfte das BIP um 1,8% ausgeweitet werden.

Auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich ein Ende des deutlichen Beschäftigungsanstiegs ab. Der fortschreitende demografische Wandel und ein Abklingen der Zuwanderung dürften dazu führen, dass die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland ab dem zweiten Halbjahr 2024 sinkt. Insgesamt dürfte die Erwerbstätigkeit im Jahr 2023 im Durchschnitt um fast 300 Tsd. steigen, im Jahr 2024 dürfte sie dann weitgehend stagnieren.

Die öffentlichen Ausgaben werden im laufenden Jahr wesentlich durch die Gas- und Strompreisbremsen bestimmt. Da die Gas- und Strompreise mittlerweile wieder deutlich unter ihre Höchstwerte aus dem Vorjahr gefallen sind, dürften die Ausgaben für die Preisbremsen wohl jeweils im niedrigen zweistelligen Milliardenbereich bleiben. Im kommenden Jahr werden durch die Preisbremsen wohl keine relevanten Zahlungen mehr

¹ Abgeschlossen am 14.3.2023. Die Verfasser danken Silvia Mühlbauer für die technische Unterstützung sowie Christoph M. Schmidt für hilfreiche Anmerkungen zu einer früheren Fassung.

Frühjahr 2023

erfolgen. Vor allem weil Staatsausgaben im Zusammenhang mit hohen Energiepreisen im vergangenen Jahr höher ausfielen als im laufenden, ist die Finanzpolitik 2023 restriktiv ausgerichtet. 2024 fallen auch die Preisbremsen weg, so dass die Finanzpolitik abermals restriktiv ist.

Tabelle 1

Eckwerte der Prognose

2021 bis 2024

	2021	2022	2023 ^P	2024 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränd. in %	2,6	1,8	0,2	1,8
Erwerbstätige ² , in 1000	44 980	45 570	45 863	45 857
Arbeitslose ³ , in 1000	2 613	2 418	2 505	2 413
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	5,7	5,3	5,4	5,2
Verbraucherpreise, Veränderung in %	3,1	6,9	5,5	2,2
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	0,7	3,8	5,9	3,7
Finanzierungssaldo des Staates ⁶				
in Mrd. €	-134,3	-101,3	-70,1	-57,6
in % des BIP	-3,7	-2,6	-1,7	-1,3
Leistungsbilanzsaldo ⁷				
in Mrd. €	265,0	145,1	244,4	277,7
in % des BIP	7,4	3,8	5,9	6,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis), der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

RWI Konjunkturbericht 74 (1)

Summary: *The German economy should recover this year noticeably from the consequences of the energy price shock. At currently under EUR 50 per MWh, the price of gas is EUR 100 lower than the average for the second half of 2022. This is currently benefiting larger companies in particular, to which the price reductions are passed on relatively quickly. Private households and smaller companies will be relieved through the gas price and electricity price brake in the coming months. Energy prices at the consumer level are not expected to fall more significantly until next year. Overall, consumer prices are expected to rise by an average of 5.5% this year. In the coming year, inflation is then expected to amount to 2.2%.*

The recovery in GDP is expected to be weak after the decline in the winter. The still high inflation combined with rising interest rates is likely to weigh on domestic demand in particular. On average, GDP is expected to expand by 0.2% this year. A stronger recovery in private consumption is not expected until real incomes rise. In 2024, GDP is expected to expand by 1.8%.

On the labor market, there are signs that the significant rise in employment will come to an end. Ongoing demographic change and a slowdown in immigration are likely to lead to a reduction in the number of employees in Germany from the second half of 2024. Overall, employment is expected to increase by almost 300 thousand on average in 2023, but then fall by 6 thousand in 2024.

Public spending in the current year is largely determined by the gas price and electricity price brakes. As gas and electricity prices have now fallen well below their highs in the previous year, spending on the price brakes is likely to remain in the low double-digit billions. In the coming year, the price brakes will probably no longer result in any relevant payments. Fiscal policy in 2023 is restrictive, mainly because government spending in connection with high energy prices was higher last year than this year. In 2024, the price brakes will also be lifted, so that fiscal policy will again be restrictive.

Frühjahr 2023

Key forecast Data 2021 to 2024

	2021	2022	2023 ^f	2024 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in percent	2.6	1.8	0.2	1.8
Employed persons ² , in 1000	44 980	45 570	45 863	45 857
Unemployed ³ , in 1000	2 613	2 418	2 505	2 413
Unemployment rate ^{3,4} , in percent	5.7	5.3	5.4	5.2
Consumer prices, change in percent	3.1	6.9	5.5	2.2
Labor unit costs ⁵ , change in percent	0.7	3.8	5.9	3.7
Fiscal balance ⁶				
in EUR bn	-134.3	-101.3	-70.1	-57.6
in percent of GDP	-3.7	-2.6	-1.7	-1.3
Current account balance ⁷				
in EUR bn	265.0	145.1	244.4	277.7
in percent of GDP	7.4	3.8	5.9	6.4

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office (Destatis), Deutsche Bundesbank, and the Federal Employment Agency. – ¹In real terms. – ²Domestic. – ³National concept. – ⁴In % of civilian labor force. – ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. – ⁶National Accounts concept. – ⁷Balance of payments concept. – ^fForecast.

1. Weltwirtschaft erholt sich nur langsam

Die Weltwirtschaft steht unter dem Einfluss zahlreicher Belastungsfaktoren. Die hohe Inflation drückt auf die Realeinkommen der privaten Haushalte und die im vergangenen Jahr von vielen Zentralbanken vorgenommenen Leitzinserhöhungen bremsen die Investitionen. In Europa war zudem die Unsicherheit hinsichtlich der Versorgung mit Erdgas hoch. Hinzu kamen besonders im November und im Dezember die Folgen der Corona-Politik in China. Bis November hielt dort die Regierung an ihrer strikten Null-Covid-Politik mit rigorosen Eindämmungsmaßnahmen auch bei kleinen Infektionsausbrüchen fest. Dies belasteten den privaten Konsum und die Produktion, auch wenn die Regierung bemüht war, die Auswirkungen auf die Industrie zu begrenzen. Nach der abrupten Abkehr von der Null-Covid-Politik und der Aufhebung praktisch aller Eindämmungsmaßnahmen kam es im Dezember zu einer hohen Infektionswelle, die wegen der damit einhergehenden großen Zahl von Krankenständen wiederum die wirtschaftliche Aktivität behinderte. Im Ergebnis stagnierte die Wirtschaftsleistung in China im vierten Quartal. Eine Stagnation des Bruttoinlandsprodukts wurde auch aus dem Vereinigten Königreich und dem Euro-Raum gemeldet. Dem Euro-Raum gehören seit Jahresbeginn 20 Länder an, denn knapp ein Jahrzehnt nach dem EU-Beitritt hat Kroatien den Euro als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt. In der EU insgesamt ging die Wirtschaftsleistung um 0,1% zurück. Überdurchschnittlich war der Rückgang in einigen mittel- und osteuropäischen Ländern, wo die Inflation besonders hoch ist. Dort haben deshalb manche Zentralbanken die Zinsen noch stärker angehoben als die EZB.

In Russland fiel der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion mit 2,1% im Jahresdurchschnitt geringer aus, als es aufgrund der Sanktionen zu erwarten war. Ein kräftiger Anstieg der Anlageinvestitionen konnte den Rückgang abmildern. Dies ist größtenteils auf öffentlich geförderte Investitionsprojekte, die vor 2022 begonnen wurden, und auf staatliche Infrastrukturinvestitionen zurückzuführen. Zudem stützte die starke Ausweitung der Produktion von Rüstungsgütern die Konjunktur, und es haben deutlich weniger westliche Unternehmen als ursprünglich erwartet ihre Aktivität in Russland eingestellt.

Die globale Industrieproduktion ist im vierten Quartal gemäß Daten des niederländischen Instituts CPB um 0,8% gesunken. Besonders stark fiel der Rückgang in Asien aus. Hier dürfte sich die Corona-Politik in China ausgewirkt haben. Auch in Europa sank die Industrieproduktion, weil angesichts der kräftigen Verteuerung von Erdgas und einer drohenden Mangellage vor allem gasintensive Industrieunternehmen ihre Produktion gedrosselt haben. Im Einklang mit der schwachen Industrieproduktion ging der globale Warenhandel im vierten Quartal zurück (Schaubild 1). Er sank um 2,1%, wobei der Rückgang in Asien, wohl infolge der bis November erfolgten

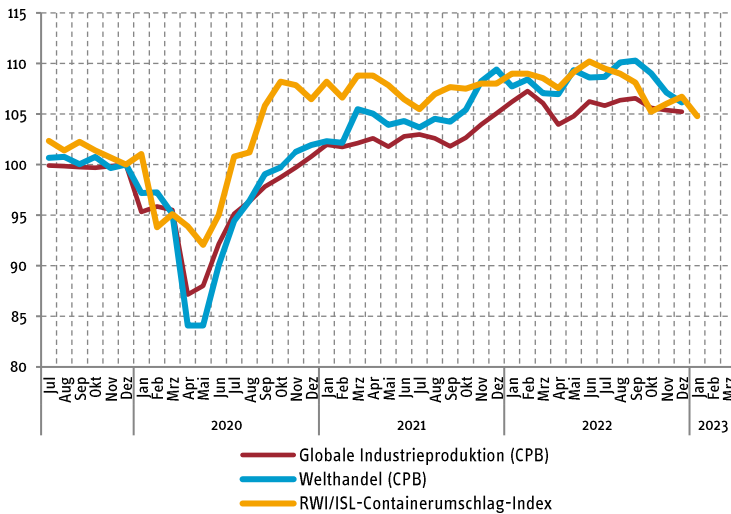
Frühjahr 2023

Lockdowns in China, besonders kräftig war. Der RWI/ISL-Containerumschlag-Index deutet auf eine schwache Entwicklung des Warenhandels auch zu Jahresbeginn hin, wobei nunmehr der Containerumschlag vor allem in den europäischen Häfen zurückging (RWI 2023).

Schaubild 1

Industrieproduktion weltweit, Warenhandel und Containerumschlag

Juli 2019 bis Januar 2023, saisonbereinigte Volumenindizes. Dezember 2019 = 100.



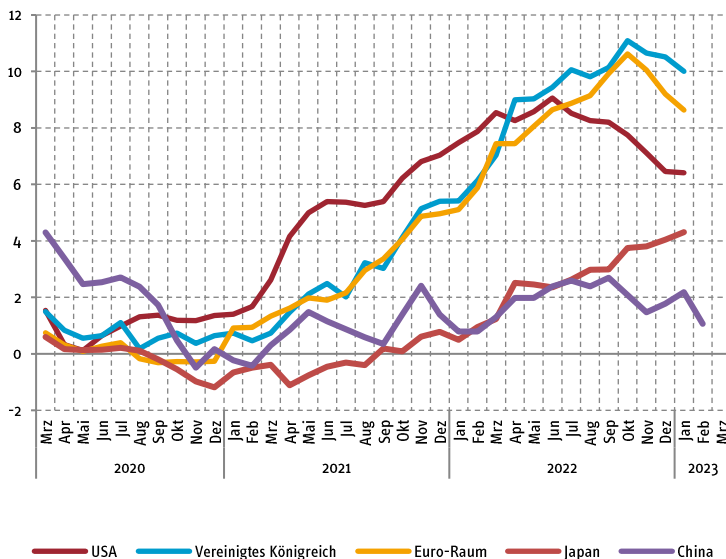
Quellen: CPB und RWI/ISL eigene Berechnungen.

Die Inflation ist noch immer hoch. Ihren Höhepunkt scheint sie zwar im Winter überschritten zu haben, aber mit 6,0% in den USA bzw. geschätzten 8,5% im Euro-Raum im Februar ist sie weiterhin deutlich über dem Inflationsziel, das in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften 2% beträgt (Schaubild 2).

Schaubild 2

Verbraucherpreise in ausgewählten großen Volkswirtschaften

Januar 2020 bis Februar 2023, Veränderung zum Vorjahresmonat in %

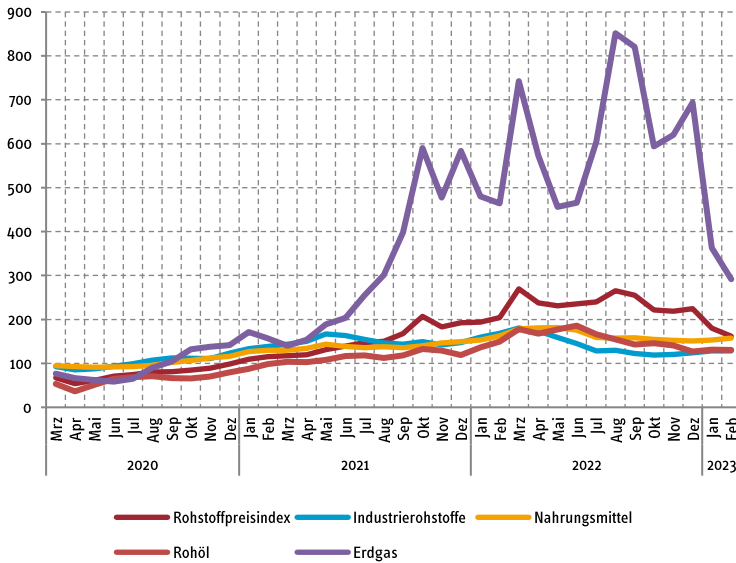


Quellen: Eurostat, nationale Statistikämter, Macrobond, eigene Berechnungen.

Die Preise für Erdöl und Erdgas sind in den vergangenen Monaten gesunken und befinden sich teils deutlich unter ihren im vergangenen Jahr nach dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine erreichten Höchstständen. Die Preise für Industriemetalle sind allerdings zuletzt wieder leicht gestiegen (Schaubild 3). Der Preis für Erdöl der Nordseesorte Brent hat sich Anfang März bei rund 85 US-Dollar je Barrel stabilisiert, nachdem er vor einem Jahr bei etwa 120 Dollar gelegen hatte. Noch deutlicher fällt der Rückgang beim Gaspreis aus. Eine Megawattstunde Gas zur Lieferung in einem Monat kostete an der niederländischen Terminbörse TTF Mitte März 2023 etwa 43 Euro. Dies war der niedrigste Wert seit Sommer 2021, nachdem der Gaspreis im vergangenen Sommer zeitweise bei über 300 Euro je MWh gelegen hatte. Auch die Frachtraten im globalen Schiffsverkehr sind in den vergangenen Monaten spürbar gesunken.

Frühjahr 2023

Schaubild 3
Rohstoffpreisindizes
März 2020 bis Februar 2023



Quellen: HWWI, Macrobond.

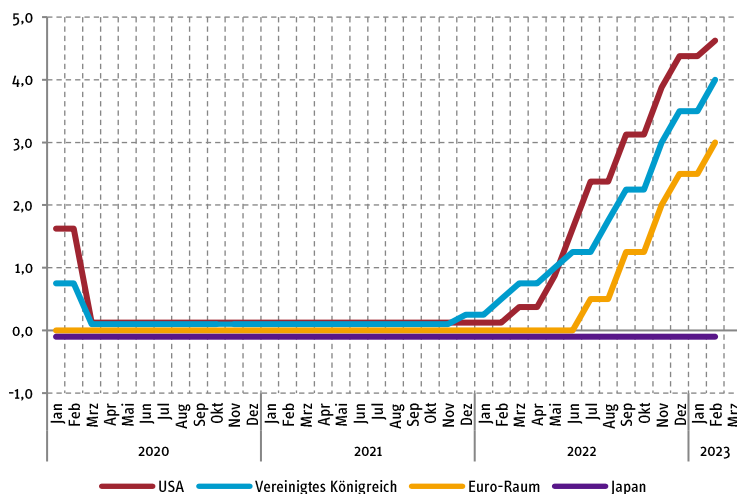
Trotz des Rückgangs der Notierungen an den Rohstoffmärkten sind Energie und Nahrungsmittel noch immer die wesentlichen Treiber der Verbraucherpreisinflation. Allerdings hat im vergangenen Jahr auch die Kerninflation ohne die Preise für Energie und Nahrungsmittel angezogen und zuletzt nur wenig nachgegeben. So betrug dieses Maß der zugrunde liegenden Teuerung im Aggregat der OECD-Länder im Januar 2023 ebenso wie im Dezember 7,2% und damit 0,6 Prozentpunkte weniger als auf dem Höhepunkt im Oktober, aber zwei Prozentpunkte mehr als vor einem Jahr. Ein Grund hierfür ist die hohe Nachfrage, die nicht zuletzt durch die Transferzahlungen gestützt wurde, die in vielen Ländern während der Corona-Pandemie und im vergangenen Jahr zur Kompensation der hohen Inflation auf den Weg gebracht wurden. Die starke Nachfrage ermöglichte es den Unternehmen, die Kostensteigerungen an die Verbraucher weiterzugeben. Außerdem ist vielerorts die Arbeitslosigkeit niedrig und der Fachkräftebedarf hoch, was in hohen Lohnsteigerungen resultierte. Als Reaktion auf die hartnäckige Inflation haben die meisten Zentralbanken seit dem

vergangenen Jahr die Leitzinsen teils kräftig angehoben (Schaubild 4), und weitere Zinsschritte sind wahrscheinlich.

Schaubild 4

Leitzinsen der Zentralbanken in den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften

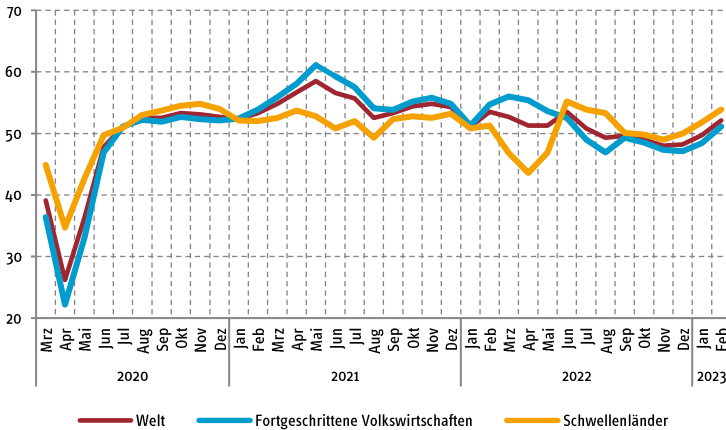
Januar 2020 bis Februar 2022, in %



Quellen: BIZ, Macrobond.

Die Stimmung in der Weltwirtschaft, gemessen etwa anhand der Einkaufsmanagerindizes, hat sich in den vergangenen Monaten etwas aufgehellt (Schaubild 5). Dazu dürften die Abkehr von der strikten Corona-Eindämmungspolitik in China, der leichte Rückgang der Rohstoffpreise und der Verbraucherpreisinflation sowie die Entspannung der Energiekrise in Europa beigetragen haben.

Schaubild 5
Einkaufsmanagerindizes weltweit
März 2020 bis Februar 2023



Quellen: S&P Global, Macrobond.

Im Prognosezeitraum dürfte sich die Weltwirtschaft langsam erholen. Die Industrieproduktion wird dadurch begünstigt, dass sich die Lieferketten weitgehend normalisiert haben. Der private Konsum wird von der hohen und in den meisten Ländern wohl weiter steigenden Beschäftigung gestützt. Die Realeinkommen werden aber nur moderat zulegen, weil die Inflation noch längere Zeit hoch bleiben wird. Insgesamt erwarten wir einen Anstieg des BIP um 2,1% in diesem Jahr und um 2,4% im Jahr 2024 (Tabelle 2). Positive Impulse für die Weltwirtschaft dürften von der Aufhebung der Corona-Restriktionen in China ausgehen. Dort bremst allerdings die Krise auf dem gesamtwirtschaftlich wichtigen Immobilienmarkt. In Europa erhält die Konjunktur dadurch Unterstützung, dass die Versorgung mit Erdgas momentan gesichert zu sein scheint. Die Fiskalpolitik dürfte in den USA expansiv ausgerichtet bleiben, während sie in der EU mit dem Auslaufen der Transfers und Subventionen zur Abfederung der Inflation auf einen neutralen Kurs einschwenken wird. Dem Auslaufen der Transfers wirken die Auszahlungen aus dem NextGenerationEU-Programm entgegen. Bremsend wirkt die Geldpolitik, die wohl im laufenden Jahr vielerorts weiter gestrafft wird.

RWI Konjunkturbericht 74 (1)

Tabelle 2

Eckwerte zur internationalen Konjunktur

2022 bis 2024; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise		
	2022 ^p	2023 ^p	2024 ^p	2022 ^p	2023 ^p	2024 ^p
Europa						
EU-27	3,6	0,8	1,7	8,8	6,6	2,7
Euro-Raum-20	3,5	0,8	1,6	8,4	6,1	2,5
Deutschland	1,9	0,3	1,8	8,7	5,9	2,3
Frankreich	2,6	0,5	1,3	5,9	5,9	2,6
Italien	3,8	0,7	1,1	8,7	7,2	2,2
Spanien	5,5	1,4	1,8	8,3	4,4	2,4
MOEL ¹	4,4	1,1	2,8	13,5	12,0	5,8
Vereinigtes Königreich	4,0	-0,3	1,1	9,1	6,1	2,3
Russland	-2,1	-2,8	1,0	13,8	6,5	5,0
Amerika						
USA	2,1	1,3	1,3	8,0	4,0	2,1
Lateinamerika ²	3,4	1,6	1,7	17,8	15,1	8,6
Asien						
China ohne Hong Kong	3,0	4,9	4,5	1,9	0,9	1,9
Japan	1,0	1,2	1,0	2,5	2,7	0,8
Sonstige Länder ³	3,6	2,8	3,5	4,5	3,4	2,0
Indien	6,6	5,5	6,4	6,7	5,7	4,4
Insgesamt	2,9	2,1	2,4	6,8	4,4	2,5
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁴	2,6	1,0	1,4	7,8	4,9	2,2
Schwellenländer	3,2	3,8	4,0	5,2	3,7	3,0
nachrichtlich:						
Welthandel⁵	3,2	0,3	3,0			
Rohölpreis (Brent, \$/b)⁶	98,8	82,4	77,8			
Dollarkurs (\$/€)⁶	1,05	1,07	1,07			

Eigene Berechnungen nach Angaben des IWF, von Eurostat und nationalen Quellen. Aggregate gewichtet mit BIP in U.S. Dollar von 2021. - ^p: Prognose. - ¹ MOEL: Mittel- und Osteuropäische EU-Mitgliedstaaten: Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien. - ² Brasilien, Mexiko, Argentinien. - ³ Korea, Indonesien, Taiwan, Thailand, Hong Kong, Singapur, Malaysia, Philippinen. - ⁴ EU, USA, Vereinigtes Königreich und Japan. - ⁵ Nach Definition des CPB. - ⁶ Jahresdurchschnitte.

2. Konjunktur in Deutschland startet schwach ins neue Jahr

Nachdem sich die deutsche Wirtschaft nach dem massiven Anstieg der Energiepreise zunächst robust gezeigt hat, ist das BIP zum Jahresende mit 0,4% recht deutlich gesunken. Zu dem Rückgang haben fast alle Nachfragekomponenten beigetragen. Angesichts der stark steigenden Verbraucherpreise haben sich vor allem die privaten Haushalte mit Anschaffungen im Schlussquartal zurückgehalten. Zudem belasten hohe Materialkosten und steigende Zinsen die Investitionsnachfrage. Die Bauinvestitionen sind inzwischen seit drei Quartalen rückläufig. Da in vielen Ländern die gestiegenen Energiepreise die Produktion dämpfen, sind auch die Exporte zum Ende des vergangenen Jahres gesunken.

Der im Vergleich zu einigen Prognosen aus dem vergangenen Jahr nur geringe Rückgang des BIP ist zunächst darauf zurückzuführen, dass es in Deutschland, aber auch in der EU insgesamt gelungen ist, den Gasverbrauch durch Effizienzsteigerungen zu reduzieren. So ist er in Deutschland in den Monaten Juli bis Dezember des vergangenen Jahres um 19,8% geringer gewesen als im Durchschnitt der fünf Jahre zuvor. In den EU-Ländern insgesamt wurde im gleichen Zeitraum 17,3% weniger Gas verbraucht. Durch diese Einsparungen konnte zudem eine Gasmangellage vermieden werden, die zu einer deutlich stärkeren Belastung der Wirtschaft geführt hätte. Darüber hinaus dürfte dies auch zu dem kräftigen Rückgang der Gaspreise beigetragen haben. Im Zuge dessen fiel die Kostenbelastung der Unternehmen und Haushalte geringer aus als zunächst angenommen. Zudem stützen die Dezemberförthilfe und die weiteren Maßnahmen zur Abfederung der Energiepreiseffekte die wirtschaftliche Entwicklung.

Die Produktion wurde in den vergangenen Monaten auch dadurch gestützt, dass sich einige Wirtschaftsbereiche weiter von den Folgen der Corona-Pandemie erholt haben. So konnten einige Unternehmen im Zuge der sich verringernden Lieferengpässe die aufgestaute Produktion nachholen. Die konsumnahen Bereiche wurden dadurch gestützt, dass die privaten Haushalte einen Teil ihres während der Corona-Pandemie nicht möglichen Konsums nachgeholt haben.

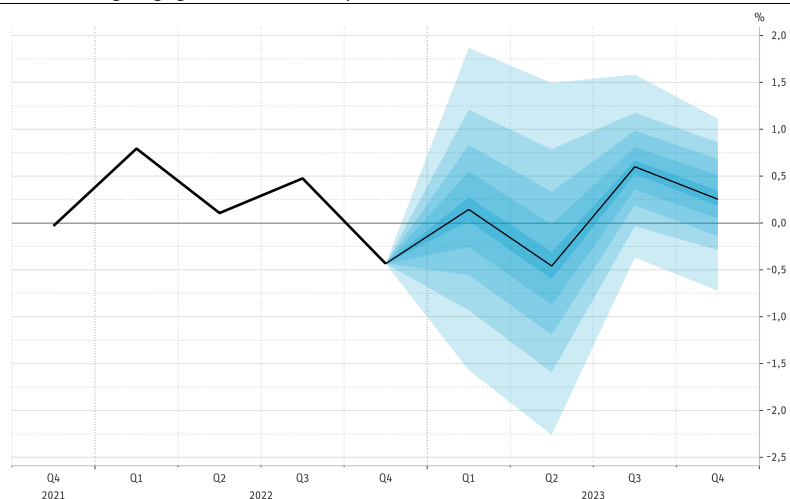
Zu Beginn dieses Jahres haben sich die konjunkturellen Aussichten weiter verbessert. So ist die Industrieproduktion im Januar überraschend stark gestiegen, insbesondere in den energieintensiven Branchen, die in Folge der hohen Energiepreise die Produktion im vergangenen Jahr deutlich reduziert hatten. Dies lässt eine Stabilisierung der Produktion in diesem Bereich erwarten. Dennoch hat sich die Lagekomponente des ifo Geschäftsklimaindexes in den ersten beiden Monaten des Jahres verschlechtert. Lediglich die Erwartungskomponente hat sich verbessert. Zudem zeigt der Rückgang der Einzelhandelsumsätze, dass sich die privaten Haushalte derzeit bei Anschaffungen zurückhalten. Insgesamt deuten die Indikatoren darauf hin, dass die

gesamtwirtschaftliche Produktion schwach in das Jahr gestartet ist. Unser modellbasierter Nowcast ergibt einen Anstieg des BIP im ersten Quartal 2023 um 0,4% (Schaubild 6). In unserer Prognose weichen wir geringfügig von diesem Wert ab, da wir eine schwächere Entwicklung insbesondere in den Dienstleistungsbereichen erwarten.²

Schaubild 6

Modellprognose der BIP-Zuwachsraten

Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in %



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Prognose mit dem vom RWI verwendeten Mixed-Frequency-VAR-Modell (Döhrn et al., 2018: 29-31).

² Zu dem Einfluss von Anpassungen der Prognosewerte auf die Prognosegüte siehe Kasten 1.

Frühjahr 2023

Kasten 1

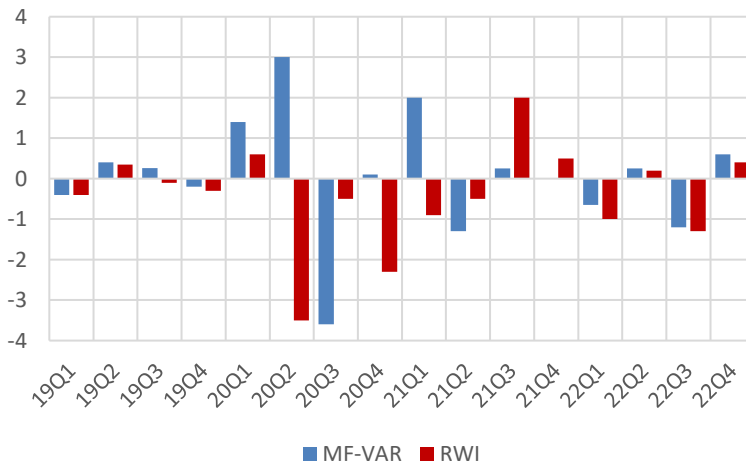
Zu den Auswirkungen von Abweichungen vom modellgestützten Nowcast während der Corona-Pandemie

Die Veränderungsrate des BIP im aktuellen Quartal gegenüber dem Vorquartal (Nowcast) wird seit dem Jahr 2018 im RWI mit Hilfe eines Mixed-Frequency-VAR-Modells prognostiziert (Döhrn et al. 2018). Durch die Kombination von Quartals- und Monatsdaten können dabei relativ aktuelle Informationen über die Wirtschaftsentwicklung berücksichtigt werden. Daher hat dieses rein datengestützte Verfahren in der Vergangenheit z.B. bei Prognosen für die USA zu vergleichsweise geringen Prognosefehlern geführt (Schorfheide und Song 2015).

In der Corona-Pandemie haben aber auch die verfügbaren Monatsdaten nicht ausgereicht, um aktuelle Entwicklungen, wie z.B. den Lockdown zu Beginn der Pandemie, in den Prognosen datengestützt zu berücksichtigen. In diesen Fällen ist es üblich, die Effekte solcher Ereignisse auf die BIP-Veränderung nachträglich in die prognostizierten Werte einzurechnen. Empirische Studien zu dieser Vorgehensweise zeigen, dass Modellprognosen so verbessert werden können (Lawrence et al. 2006). Aus diesem Grund hat das RWI die modellgestützten Nowcasts während der Corona-Pandemie mehrfach modifiziert, um aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen.

Prognosefehler der Modellprognose und der modifizierten Prognose

2019,1 bis 2022,4; Abweichungen der Wachstumsraten vom tatsächlichen Wert in Prozentpunkten



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Um die Effekte dieser Modifikationen der Modellprognosen zu analysieren, wurden die Prognosefehler der originären Modellprognosen und der modifizierten Prognosewerte für die Prognosen von 2019 bis 2022 berechnet (Schaubild). Da in jedem Quartal eine Prognose erstellt wurde, sind für jedes Quartal die Prognosefehler der Modellprognose und der modifizierten Prognose angegeben. Bereits vor der Pandemie wurden die Modellprognosen modifiziert. Die Anpassungen waren aber, wie die Prognosefehler selbst, relativ gering.

Während der Corona-Pandemie gab es eine Reihe von Situationen, in denen erwartet werden konnte, dass sich durch die Berücksichtigung von aktuellen Informationen die Nowcasts verbessern lassen. So wurde während der Erstellung der Frühjahrsprognose 2020 der erste Lockdown angekündigt. Da diese Information noch nicht in den Daten für das Modell enthalten sein konnte, wurde die Prognose auf Basis von zusätzlichen Berechnungen nach unten korrigiert. Dadurch wurde der Prognosefehler mehr als halbiert. Die anschließenden Prognosen zeigen allerdings, dass eine systematische Verbesserung der Prognosen während der Pandemie schwierig war, da die Prognosefehler zum Teil deutlich vergrößert wurden. Eine Ausnahme ist das dritte Quartal 2020, in dem die schnelle Erholung des BIP nach dem Lockdown vom Modell verpasst wurde. Insgesamt haben sich in dieser Phase die Wirkungen unterschiedlicher Faktoren, wie die Infektionszahlen, die wirtschaftspolitische Maßnahmen und Probleme bei den Lieferketten, überlagert.

Im Durchschnitt der zwölf betrachteten Prognosen konnte durch die Modifikationen der Modellprognosen der Prognosefehler nur geringfügig von 1,4 auf 1,3 Prozentpunkte reduziert werden. Dieses Ergebnis deckt sich mit denen anderer Studien, dass Modellprognosen nur dann angepasst werden sollten, wenn eindeutige Informationen über BIP-Effekte vorliegen.

3. Konjunkturelle Erholung bleibt schwach

In diesem Jahr dürfte sich die deutsche Wirtschaft von den Folgen des Energiepreisschocks spürbar erholen. Die Erholung dürfte angesichts des anhaltenden Kaufkraftentzugs durch die hohen Energiepreise schwach bleiben. Mit derzeit unter 50 Euro je MWh ist der Großhandelspreis für Gas um 100 Euro niedriger als im Durchschnitt der zweiten Jahreshälfte 2022. Davon werden derzeit vor allem größere Unternehmen begünstigt, an die Preisänderungen relativ schnell weitergegeben werden. Die privaten Haushalte und kleinere Unternehmen werden in den kommenden Monaten durch die Gas- und Strompreisbremsen entlastet, da für viele von ihnen die Gas- und Strompreise auf der Verbraucherstufe in diesem Jahr im Durchschnitt noch über den Grenzwerten der Gas- und Strompreisbremse liegen werden (Kasten 2). Erst für das kommende Jahr ist zu erwarten, dass die Energiepreise auf der Verbraucherstufe deutlicher sinken. Das Risiko einer Gasmangellage ist angesichts der neu

Frühjahr 2023

geschaffenen LNG-Terminals und der immer noch hohen Speicherstände auch für den kommenden Winter deutlich gesunken.

Darüber hinaus werden für die Prognose die folgenden Annahmen getroffen:

- Der Welthandel dürfte im Winterhalbjahr zurückgehen, zu Beginn dieses Jahres dürfte sich der Rückgang aber abschwächen. Ab dem Frühjahr ist mit einer Erholung des Welthandels zu rechnen. Im Jahr 2022 hat der Welthandel mit einer Rate von 3,2% expandiert. In diesem Jahr dürfte er aufgrund der Schwäche zu Jahresbeginn um 0,3% zunehmen. Im kommenden Jahr dürfte sich das Expansionsstempo mit 3,1% wieder normalisieren.
- Der Preis für Rohöl (Sorte Brent) ist im vergangenen Jahr nach einem vorübergehenden Anstieg wieder gesunken. Im Jahresdurchschnitt betrug der Ölpreis 99 Dollar je Barrel. Für das laufende Jahr zeigen die Terminnotierungen einen weiteren Rückgang an. Im Jahresdurchschnitt wird der Ölpreis demnach bei 82 Dollar je Barrel liegen. Im Jahr 2024 dürfte er dann auf 78 Dollar je Barrel sinken.
- Die Großhandelspreise für Gas (TTF) sind im vergangenen Jahr bis August kräftig gestiegen und danach deutlich gefallen. Im Jahresdurchschnitt ergab sich ein Wert von 128 Euro je MWh. Auf Basis der Terminnotierungen gehen wir davon aus, dass sich im Jahresdurchschnitt ein Gaspreis von 50 Euro je MWh und im kommenden Jahr von 55 Euro je MWh ergibt. Auch die Strompreise sind bis August kräftig gestiegen. Der anschließende Rückgang ist bisher allerdings geringer als bei den Gaspreisen. Nach 202 Euro je TWh im Durchschnitt des vergangenen Jahres erwarten wir 150 Euro je TWh in diesem und 147 Euro je TWh im Jahr 2024.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar wird im Prognosezeitraum auf dem zuletzt erreichten Niveau von 1,07 Dollar je Euro konstant fortgeschrieben.
- Die Tariflöhne auf Monatsbasis in der Abgrenzung des Statistischen Bundesamtes stiegen im abgelaufenen Jahr um 2,2%. In den Jahren 2023 und 2024 sind mit 4,7% und 5,5% deutlich höhere Zuwächse zu erwarten.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

- Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im vergangenen Jahr begonnen, die Leitzinsen anzuheben. Der Hauptrefinanzierungssatz stieg dabei bis zum Jahresende von null auf 2,5%. Nach dem Zinsschritt im Februar von 0,5 Prozentpunkten erwarten wir, dass die EZB den Hauptrefinanzierungssatz bis zum Sommer auf 4,25% anhebt und dann bis zum Ende des Prognosezeitraums konstant lässt.
- Die Finanzpolitik ist im gesamten Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet. Im laufenden Jahr geht das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit merklich zurück

RWI Konjunkturbericht 74 (1)

und der restriktive Impuls beträgt 1,4% in Relation zum BIP. Im kommenden Jahr ist die Finanzpolitik in etwa neutral ausgerichtet, der expansive Impuls beträgt 0,1% des BIP.

Vor diesem Hintergrund dürfte die Erholung des BIP nach dem Rückgang im Winter schwach ausfallen. Die anhaltend hohe Inflation zusammen mit noch steigenden Zinsen belastet vor allem die Binnennachfrage. Im Jahresdurchschnitt dürfte das BIP in diesem Jahr um 0,2% ausgeweitet werden (Schaubild 7). Erst im Zuge steigender Realeinkommen ist eine stärkere Erholung insbesondere des privaten Konsums zu erwarten. Im Jahr 2024 wird das BIP wohl um 1,8% ausgeweitet werden (Tabelle 3).

Tabelle 3

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts 2021 bis 2024; in %

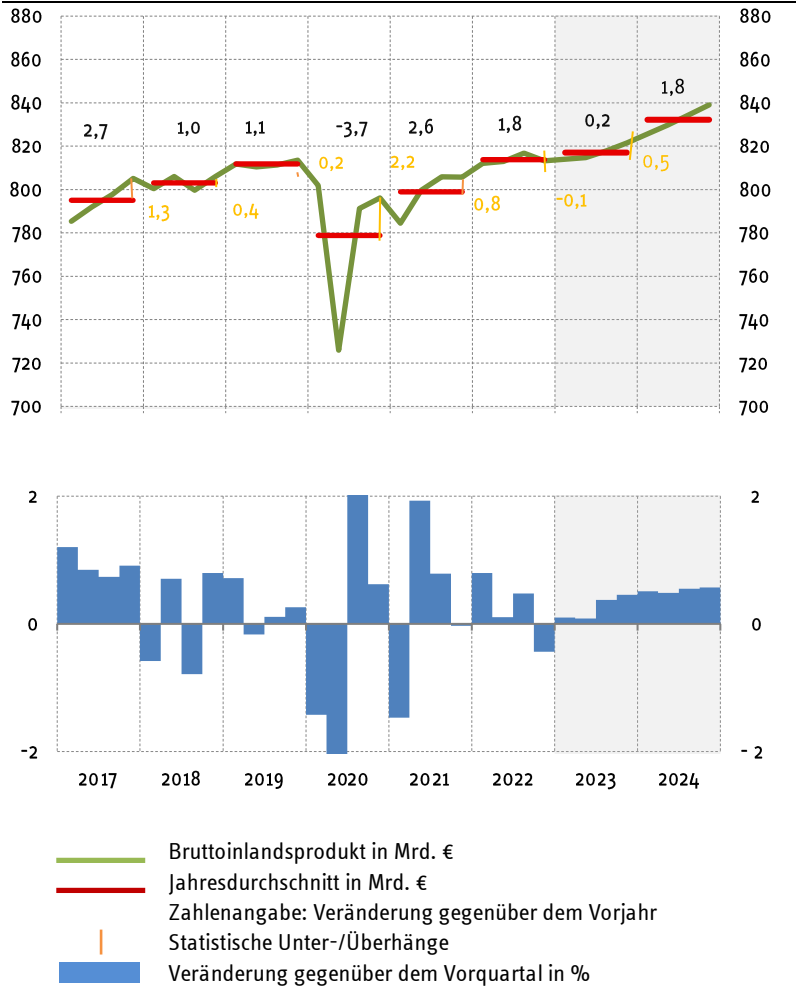
	2021	2022	2023 ^p	2024 ^p
Statistischer Überhang ¹	2,2	0,8	-0,1	0,5
Jahresverlaufsrate ²	1,2	0,9	1,0	2,1
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	2,6	1,9	0,4	1,9
Kalendereffekt ³	0,0	-0,1	-0,2	0,0
Durchschnittliche Veränderung	2,6	1,8	0,2	1,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in % des Quartalsdurchschnitts des Vorjahres. – ²Veränderung des saison- und kalenderbereinigten BIP im vierten Quartal gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres. – ³In % des realen BIP. – ^pEigene Prognose.

Schaubild 7

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland

2017 bis 2024; real; Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. Ab dem ersten Quartal 2023 eigene Prognose.

Der **Außenhandel** dürfte zunächst noch vom schwachen Welthandel belastet werden. Für das erste Quartal erwarten wir einen Rückgang der Exporte um 0,4% und der Importe um 1,1%. Im Laufe des Jahres dürfte die Weltkonjunktur an Dynamik

gewinnen und die Bedeutung der Lieferengpässe weiter nachlassen, so dass es zu einer Erholung des Außenhandels kommen dürfte. Insgesamt wird daher erwartet, dass die Exporte in diesem Jahr um 1,0% und im nächsten Jahr um 3,5% steigen werden (Tabelle 4). Für die Importe wird eine Jahresrate von 0,8% im Jahr 2023 und von 3,4% im Jahr 2024 prognostiziert.

Die gesunkenen Energiepreise im letzten Quartal 2022 haben zu einem Rückgang der Preise im Außenhandel geführt. Die Exportpreise fielen um 1% und die Importpreise um 3,4%. Zu Beginn dieses Jahres dürfte sich diese Tendenz fortsetzen, wobei die Importpreise wohl stärker als die Exportpreise fallen werden. Im kommenden Jahr dürfte diese Entwicklung zu Ende gehen und die Außenhandelspreise sich weitgehend stabilisieren. Aufgrund des wesentlich stärkeren Rückgangs bei den Importpreisen ist insbesondere zu Beginn des Prognosezeitraums eine erhebliche Verbesserung der Terms of Trade zu erwarten.

Die **Ausrüstungsinvestitionen** dürften zum Jahresauftakt leicht zulegen, nachdem sie im letzten Quartal des vergangenen Jahres mit 3,6% recht stark zurückgegangen waren. Dafür spricht, dass die Auftragseingänge im Januar leicht aufwärtsgerichtet waren. Die ifo Geschäftslage der Investitionsgüterhersteller bewegte sich im Januar und Februar dieses Jahres auf einem ähnlichen Niveau wie im Vorquartal, bei leicht verbesserten Geschäftserwartungen. Im weiteren Jahresverlauf ist mit einer allmählichen Belebung der Ausrüstungsinvestitionen zu rechnen. Dazu dürfte vor allem die Überwindung der Lieferengpässe beitragen, die bei den Produzenten von Ausrüstungsinvestitionsgütern recht lange anzuhalten scheinen. Alles in allem rechnen wir für dieses Jahr mit einem Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen von 0,9%.

Im kommenden Jahr werden sich die Wachstumsraten voraussichtlich ihrem langjährigen Mittel angleichen. Gegenüber dem Zeitraum vor der Corona-Pandemie sind einerseits die Finanzierungsbedingungen wohl auch dann noch ungünstiger, andererseits gibt es größere Investitionsbedarfe beispielsweise in Waffensysteme. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen um 2,8% ausgeweitet werden, wobei ein statistischer Überhang vom Jahr 2023 in das Jahr 2024 in Höhe von 1,4% besteht.

Die **Bauinvestitionen** dürften sich auch im ersten Halbjahr dieses Jahres schwach entwickeln. So war das Wetter im Januar zwar recht günstig, was sich zusammen mit den abnehmenden Baubeeinträchtigungen (Lieferengpässen) nicht zuletzt in einer sehr stark expansiven Bauproduktion im Januar gezeigt hat. Allerdings war die Witterung im Februar (und wohl auch im März) wieder ungünstiger für die Bautätigkeit. Zudem ist das ifo Geschäftsklima am Bau insgesamt weiter auf sehr niedrigem Niveau.

Frühjahr 2023

Allen voran der Wohnungsbau dürfte sich vorerst weiter schwach entwickeln. Das ifo Geschäftsklima in diesem Segment fällt seit Mitte vergangen Jahres Monat für Monat weiter. Auch die Geschäftserwartungen der Wohnungsbauunternehmen sanken im Januar und Februar, ausgehend von einem ohnehin niedrigen Niveau, noch einmal deutlich. Gleichzeitig vermeldet die Bundesbank seit Mitte des vergangenen Jahres eine Talfahrt bei der Neuvergabe von Wohnungsbaukrediten, die sich auch im letzten Monatswert, Januar, noch einmal intensivierte. Ebenso sind die Baugenehmigungen im Wohnungsbau und die Auftragseingänge seit längerem abwärtsgerichtet. Sofern die EZB ihre Zinserhöhungen Mitte des Jahres beendet, ist mit einer allmählichen Erholung im Wohnungsbau zu rechnen. Der Nichtwohnungsbau hat im vergangenen Jahr weniger stark auf die steigenden Zinsen reagiert und dürfte sich auch in diesem Jahr robuster entwickeln als der Wohnungsbau. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 4,2% zurückgehen. Allerdings resultieren 3,4 Prozentpunkte des Rückgangs aus einem statistischen Unterhang. Im kommenden Jahr dürften die Bauinvestitionen um 1% ausgeweitet werden.

Der **private Konsum** wird immer stärker von steigenden Energiepreisen und sinkenden Realeinkommenserwartungen bestimmt. Dagegen verlieren die Folgen der Corona-Maßnahmen an Bedeutung. Durch die wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Minderung der Folgen der hohen Energiepreise konnten die Einkommenserwartungen etwas verbessert werden, und auch die Konsumstimmung gemessen am GfK-Konsumklimaindex verbesserte sich kontinuierlich seit dem Tiefststand im Oktober 2022. Seit März dieses Jahres sind die Gas- und Strompreisbremse in Kraft, die die Verbraucher spürbar entlasten. Zudem dürften die privaten Haushalte beginnen, Ersparnisse aus der Corona-Krise auszugeben, da einige Faktoren, wie die gesamtwirtschaftliche Unsicherheit und die Realeinkommenseinbußen durch die hohen Preissteigerungen, langsam an Bedeutung verlieren.

Das Vorkrisenniveau des realen privaten Konsums aus dem Jahr 2019 dürfte aber erst im zweiten Quartal 2024 erreicht werden. Der Vorkrisentrend wird im Prognosezeitraum nicht erreicht, da die multiplen Krisen einen anhaltenden realen Wohlstandsverlust zur Folge haben dürften. Zum Ende des Prognosezeitraums dürfte der private Konsum mit stabiler Konjunktur wieder etwas stärker anziehen. Über die Jahre gesehen dürften die realen Konsumausgaben 2023 mit -0,1% leicht rückläufig sein, im Jahr 2024 aber um 2,4% steigen. Die Sparquote der privaten Haushalte dürfte von 11,4% (2022) über 11,0% (2023) auf 10,5% (2024) fallen.

Während der reale saisonbereinigte **Staatskonsum** im ersten Halbjahr 2022 im Zuge von Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie sowie für Flüchtlinge aus der Ukraine noch kräftig zulegte, ging er im zweiten Halbjahr mit der Rückführung dieser Ausgaben zurück. Durch das Schließen der letzten Impfzentren und die

RWI Konjunkturbericht 74 (1)

Abschaffung der Bürgertests dürfte der Staatskonsum auch im laufenden Jahr nur schwach expandieren. Für das Jahr 2024 rechnen wir wieder mit einem etwas stärkeren Zuwachs ohne Sondereffekte.

Tabelle 4

RWI-Konjunkturprognose vom März 2023

2021 bis 2024, Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022	2023 ^p	2024 ^p	Änderung zum Dezember		
					2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt ¹	2,6	1,8	0,2	1,8	-0,1	0,3	-0,1
Verwendung ¹							
Konsumausgaben	1,4	3,4	-0,1	1,9	-0,3	0,0	0,1
Private Haushalte ²	0,4	4,3	-0,3	2,5	-0,3	0,1	0,4
Staat	3,8	1,2	0,2	0,4	-0,4	0,0	-0,8
Anlageinvestitionen	1,2	0,4	-1,5	1,9	-0,1	-2,1	-0,3
Bauten	0,0	-1,7	-4,2	1,0	-0,1	-2,3	-0,5
Ausrüstungen	3,5	3,3	0,9	2,8	0,0	-2,6	-0,1
Sonstige Anlagen	1,0	2,1	3,3	3,2	0,0	-0,4	0,0
Vorratsveränd. (Wachstumsbeitrag)	0,5	0,5	0,5	-0,1	0,2	0,3	-0,1
Inländische Verwendung	1,9	3,1	0,1	1,7	-0,1	-0,1	-0,1
Außenbeitrag (Wachstumsbeitrag)	0,8	-1,2	0,1	0,2	0,0	0,4	0,1
Ausfuhr	9,7	2,9	1,0	3,5	0,1	-1,5	0,4
Einfuhr	9,0	6,0	0,8	3,4	-0,1	-2,4	0,3
Erwerbstätige ³ , in 1000	44 980	45 570	45 863	45 857	35	239	128
Arbeitslose ⁴ , in 1000	2 613	2 418	2 505	2 413	-3	-58	-58
Arbeitslosenquote ⁵ , in %	5,7	5,3	5,4	5,2	0,0	-0,1	-0,1
Verbraucherpreise ⁶	3,1	6,9	5,5	2,2	-1,1	-0,4	-0,3
Lohnstückkosten ⁷	0,6	3,7	5,7	3,8	0,5	0,6	0,1
Finanzierungssaldo des Staates ⁸							
in Mrd.€	-134,3	-101,3	-70,1	-57,6	-5,2	35,1	-3,1
in % des nominalen BIP	-3,7	-2,6	-1,7	-1,3	-0,1	0,9	-0,1
Leistungsbilanzsaldo ⁹							
in Mrd.€	265,0	145,1	244,4	277,7	5,7	89,7	93,7
in % des nominalen BIP	7,4	3,8	5,9	6,4	0,1	2,1	2,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. – ¹Preisbereinigt. – ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³Im Inland. – ⁴Nationale Abgrenzung. – ⁵Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen. – ⁶Verbraucherpreisindex. – ⁷Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. – ⁸In der Abgrenzung der VGR. – ⁹In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik. – ¹⁰In %-Punkten, Abweichungen rundungsbedingt möglich. – ^pPrognose.

4. Industrie zeigt sich robust

Im Verarbeitenden Gewerbe stagnierte die Produktion im vergangenen Jahr. Dahinter stehen zwei gegenläufige Faktoren. Zum einen haben die Störungen der Lieferketten nachgelassen, so dass ein Teil der Produktion nachgeholt werden konnte. Zum anderen wurde die Produktion insbesondere der energieintensiven Unternehmen von den kräftig gestiegenen Energiepreisen belastet. Zum Jahresende überwogen die Belastungen, so dass die die Bruttowertschöpfung um 0,6% zurückging (Tabelle 5).

Für das erste Quartal dieses Jahres ist aber bereits wieder eine Zunahme der Bruttowertschöpfung zu erwarten. So wurde die Automobilproduktion im Februar weiter ausgeweitet. Auch der LKW-Maut-Index, der am aktuellen Rand deutlich zugenommen hat, deutet auf eine weitere Erholung hin. Die inzwischen wieder gefallen Energiepreise und die weitere Entspannung der internationalen Lieferketten lassen erwarten, dass sich die Erholung der Produktion in den kommenden Quartalen fortsetzt. Unterstützt wird die Erholung auch von den weiterhin vollen Auftragsbüchern. Dieser Effekt dürfte sich im Laufe dieses Jahres abschwächen. Im kommenden Jahr dürfte sich die Belebung des Welthandels bemerkbar machen.

Die hohen Energiepreise belasteten insbesondere die Wertschöpfung der Energieversorgungsunternehmen. Viele Haushalte und private Unternehmen verringerten ihren Gasverbrauch deutlich, unter anderem durch eine Steigerung der Energieeffizienz beim Heizen und bei der Produktion. Folglich nahm die Wertschöpfung in diesem Bereich im vergangenen Quartal um 4,5% ab. Weitere Einsparungen sind kurzfristig nicht zu erwarten, so dass sich die Wertschöpfung der Energieversorger nicht weiter verringern dürfte.

Die hohen Energie- und Lebensmittelpreise belasten auch den privaten Konsum. Bereits im letzten Quartal des vergangenen Jahres hat die Wertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe um 2,9% gegenüber dem Vorquartal nachgegeben. Solange die Lohnerhöhungen der Preisentwicklung hinterherlaufen, dürfte die Wertschöpfung in vielen Dienstleistungsbereichen schwach bleiben. So sanken die Einzelhandelsumsätze im Januar um 0,3% gegenüber dem Vormonat. Für das erste Quartal 2023 erwarten wir daher, dass die Wertschöpfung im Bereich Handel, Verkehr und Gastgewerbe erneut um 0,6% gegenüber dem Vorquartal nachlassen wird. Im weiteren Prognoseverlauf dürften die real verfügbaren Einkommen wieder steigen, so dass sich der Handel von der aktuellen Schwächephase erholen dürfte.

Tabelle 5³

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2022				2023			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	0,8	0,1	0,5	-0,4	0,1	0,1	0,4	0,5
Bruttowertschöpfung (A-T)	1,5	-0,6	1,6	-1,4	0,3	0,2	0,6	0,5
darunter:								
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	-0,1	-0,2	0,6	-1,1	1,2	0,1	0,9	0,8
Darunter								
Verarbeitendes Gewerbe (C)	0,1	-0,2	1,0	-0,6	1,4	0,0	0,9	0,7
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	-0,7	0,5	-2,5	-4,5	0,0	0,4	0,7	1,0
Baugewerbe (F)	2,5	-3,5	-2,2	-2,4	2,0	0,0	1,0	0,7
Handel, Verkehr,								
Gastgewerbe (G-I)	1,8	-1,4	2,9	-2,9	-0,6	0,3	0,6	0,5
Information und								
Kommunikation (J)	1,3	0,5	1,4	0,9	0,5	0,2	0,4	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	1,7	0,3	1,2	-1,0	1,0	0,4	0,8	0,5
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,7	0,3	-0,3	0,4	0,3	0,2	0,2	0,2
Unternehmensdienstleister (M-N)	1,8	-0,1	-0,3	0,1	-0,5	0,2	0,5	0,5
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	2,8	-1,5	4,4	-1,7	0,2	0,2	0,4	0,4
Sonstige Dienstleister (R-T)	6,2	1,1	6,2	-6,8	-1,5	-0,5	0,6	0,7

Eigene Prognose auf Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und kalenderbereinigte Werte.

5. Arbeitsmarkt trotzten allen Krisen

Der Arbeitsmarkt in Deutschland erweist sich weiterhin als robust. Selbst im konjunkturell schwachen vierten Quartal 2022 ist die Beschäftigung saisonbereinigt um über 100 Tsd. Personen deutlich gestiegen. Den größten Anteil daran hat die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die um 77 Tsd. Personen ausgeweitet wurde, wobei hier die Zuwanderung eine starke Rolle gespielt hat. Betrachtet man nur deutsche Staatsbürger, fällt der Beschäftigungszuwachs sehr viel kleiner aus.

Für die weitere Entwicklung deuten die Arbeitsmarktindikatoren auf eine Stagnation hin. Damit dürfte ein Ende des deutlichen Beschäftigungsanstiegs bevorstehen. Durch den Arbeitskräftemangel ist die Arbeitsnachfrage sehr hoch und der Arbeitsmarkt dürfte aktuell eher überausgelastet sein. Ein fortschreitender demografischer Wandel und ein Abklingen der Zuwanderung dürften dazu führen, dass die Zahl der Arbeitnehmer in Deutschland ab dem zweiten Halbjahr 2024 sinkt. Die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten dürfte schon ab dem laufenden Jahr wieder

³ Eine detaillierte Darstellung der Bruttowertschöpfung findet sich im Anhang in den Tabelle A1 und A2.

Frühjahr 2023

rückläufig sein, nachdem sie kurzfristig durch die Anhebung der Minijob-Grenze im Oktober deutlich gestiegen war. Insgesamt dürfte die Erwerbstätigkeit im Jahr 2023 im Durchschnitt um fast 300 Tsd. steigen, im Jahr 2024 dann aber um 6 Tsd. sinken (Tabelle 6).

Tabelle 6

Arbeitsmarktbilanz

2018 bis 2024; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2018	2019	2020	2021	2022	2023 ^P	2024 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	61.945	62.127	59.249	60.281	61.103	60.825	61.276
Erwerbstätige Inland	44.866	45.277	44.915	44.980	45.570	45.863	45.857
Erwerbstätige Inländer	44.727	45.133	44.821	44.866	45.431	45.725	45.717
Selbständige	4.225	4.160	4.056	3.958	3.908	3.881	3.842
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	24	23	21	20	19	16	16
Arbeitnehmer (Inland)	40.641	41.117	40.859	41.022	41.662	41.982	42.015
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	32.964	33.518	33.579	33.897	34.509	34.821	34.898
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.671	4.579	4.290	4.101	4.126	4.161	4.111
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	3.261	3.172	3.488	3.368	3.185	3.359	3.242
darunter:							
Registrierte Arbeitslose Aktivierung und berufliche Eingliederung	2.340	2.267	2.695	2.613	2.418	2.505	2.413
Berufliche Weiterbildung	191	210	173	173	161	160	161
„Ein-Euro-Jobs“	94	98	100	97	92	84	77
Gründungszuschuss	21	20	18	17	16	15	15
Kurzarbeiter	118	145	2.939	1.852	409	140	145
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter) ²	3.306	3.220	4.705	4.254	3.340	3.403	3.286
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	5,2	5,0	5,9	5,7	6,7	5,4	5,2
Erwerbslosenquote ⁴	3,0	2,8	3,3	3,3	2,8	2,8	2,7

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. - ¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegsgeld, Gründungszuschuss. - ²Vollzeitäquivalente. - ³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - ^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

6. Reallohnplus erst wieder 2024

Als Reaktion auf die stark gestiegenen Verbraucherpreise und die fallenden Real­löhne machen viele Arbeitgeber von der Möglichkeit einer steuerfreien Inflationsausgleichsprämie Gebrauch. Weiterhin liegen die Inflationsraten außergewöhnlich hoch und besonders die Tariflöhne hinken der Preisentwicklung hinterher. Daher sind die Vereinbarung hoher Einmalzahlungen zunächst im Interesse beider Tarifparteien – einerseits durch die Steuerfreiheit, andererseits durch die schnelle Verfügbarkeit – und finden sich in zahlreichen neuen Tarifvereinbarungen. So auch die zuletzt erzielte Einigung bei der Deutschen Post, die verglichen mit anderen Abschlüssen hohe Lohnsteigerungen vorsieht und auf andere Tarifverhandlungen ausstrahlen könnte. Insgesamt ist für die Jahre 2023 und 2024 mit Tariflohnzuwächsen von 4,7% bzw. 5,5% zu rechnen. Der Fachkräftemangel dürfte dafür sorgen, dass die Effektivverdienste sogar noch stärker steigen. Die Zuwächse dürften in den entsprechenden Jahren bei 5,4% bzw. 5,8% liegen. Damit müssen Arbeitnehmer im laufenden Jahr noch mit leicht sinkenden Reallöhnen rechnen. 2024 dürften die Reallöhne dann aber kräftig steigen.

7. Inflation geht allmählich zurück

Die Inflationsraten sind zu Beginn dieses Jahres immer noch hoch. Gegenüber dem Vorjahresmonat sind die Preise im Februar um 8,7% und damit so stark wie im Vor­monat gestiegen. Neben den Preisen für Energie, die bereits im vergangenen Jahr stark gestiegen sind, legen auch die Preise für Nahrungsmittel seit einigen Monaten kräftig zu, zuletzt sogar stärker als die Energiepreise. Allerdings steigen auch die übrigen Preiskomponenten kräftig. Der Preisindex ohne Nahrungsmittel und Energie hat sich im Februar um 5,7% gegenüber dem Vorjahresmonat erhöht. Angesichts der robusten Nachfrage können die Unternehmen nach wie vor die steigenden Kosten zu einem großen Teil an die Kunden weitergeben.

Allerdings spricht einiges dafür, dass die Inflationsraten inzwischen ihren Höhepunkt erreicht haben und in den kommenden Monaten allmählich zurückgehen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass durch die Gas- und Strompreisbremse der Bundesregierung für diese Preiskomponenten Obergrenzen eingeführt wurden, die seit Jahresbeginn wirksam sind. Diese Obergrenze gilt bei Gas für 80% des im September 2022 prognostizierten Jahresverbrauchs und bei Strom für 80% des Verbrauchs im Vorjahr. Für darüberhinausgehende Verbrauchsmengen müssen Marktpreise gezahlt werden. Derzeit erreichen die privaten Haushalte das Einsparziel von 20% zwar nicht, die Überschreitungen sind aber relativ gering. Zudem ist zu erwarten, dass angesichts rückläufiger Großhandelspreise auch die Preise für Gas und Strom auf der

Verbraucherstufe im Prognosezeitraum sinken. Im kommenden Jahr dürften die Obergrenzen der Gas- und Strompreisbremse unterschritten werden (Kasten 2).

Die Kernrate der Inflation – gemessen am Gesamtindex ohne Energie und Nahrungsmittel – dürfte ihren Höhepunkt erreicht haben und in den kommenden Monaten zurückgehen. Dafür spricht, dass die Energiepreise für größere Unternehmen bereits seit einigen Monaten zurückgehen und auch die Preise anderer Rohstoffe seit einiger Zeit rückläufig sind, so dass der Kostendruck nachlässt. Dafür spricht auch, dass in der jüngsten ifo Umfrage deutlich weniger Unternehmen angegeben haben, ihre Preise erhöhen zu wollen. Insgesamt ist zu erwarten, dass die Verbraucherpreise in diesem Jahr im Durchschnitt um 5,5% steigen. Im kommenden Jahr dürfte die Teuerung dann 2,2% betragen.

Kasten 2

Zur Entwicklung der Energiepreiskomponente der Verbraucherpreise

Die Inflation ist in den vergangenen Monaten zu einem erheblichen Teil von den Preisen für Strom und Gas getrieben worden. Zwar ist der Anstieg der Verbraucherpreise im Jahr 2022 durch die Verwendung eines neuen Warenkorbes zur Gewichtung der verschiedenen Preise um einen Prozentpunkt nach unten revidiert worden, da insbesondere das Gewicht von Gas um 13,5 Promillepunkte reduziert wurde. Aber auch im neuen Index macht die Preisentwicklung bei Haushaltsenergie nach wie vor einen bedeutenden Anteil aus. Entsprechend des geringeren Gewichtes schlägt ein zu erwartender Rückgang der Energiepreise in geringerem Maße auf die Verbraucherpreise durch.

Entscheidend für die zukünftige Entwicklung der Preise für Haushaltsenergie ist die Entwicklung der Großhandelspreise für Strom und Gas. Die Großhandelspreise für Gas sind im vergangenen Jahr von ihrem Höchstwert von 230 Euro je MWh im Durchschnitt des Monats August auf 75 Euro zum Ende des Jahres gefallen. Seit Anfang dieses Jahres liegen die Preise um die 50 Euro. Die Futures für Gas deuten darauf hin, dass die Preise bis zum Ende des Prognosezeitraums in der Nähe von 50 Euro bleiben werden.

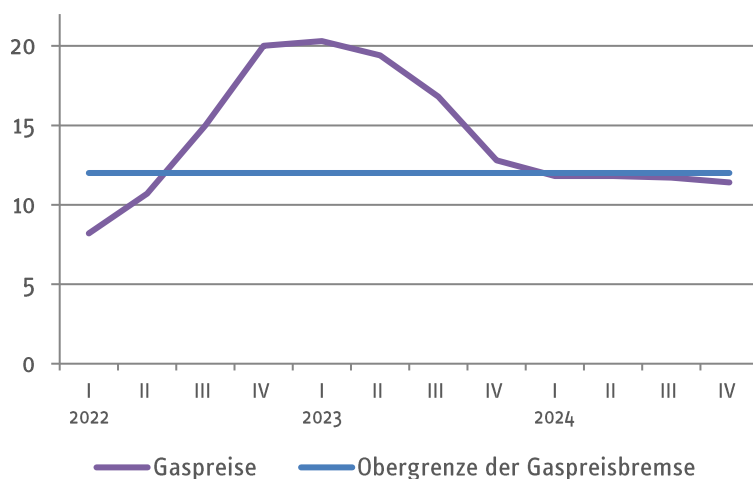
Allerdings werden die Veränderungen der Großhandelspreise mit erheblicher Verzögerung an die Verbraucher weitergegeben. Nach Angaben von Verivox betrug der durchschnittliche Preis für Gas für Neukunden bei den Haushalten im Januar 2023 16 Cent je kWh. Um die weitere Entwicklung der Gaspreise auf der Verbraucherstufe zu schätzen, wird unterstellt, dass sich der Preis für Neukunden aus den Terminnotierungen für die kommenden zwölf Monate und einem fixen Aufschlag zusammensetzt. Der durchschnittliche Gaspreis eines Monats ergibt sich bei Verträgen mit zwölf Monaten Laufzeit als Durchschnittspreis der Neukundenpreise des vergangenen Jahres. Dieser durchschnittliche Preis dürfte bis zum Ende dieses Jahres über der in der Gaspreisbremse festgelegten Obergrenze von 12 Cent je kWh liegen und im kommenden Jahr leicht darunter sinken (Schaubild). Um für Zeitpunkte mit Preisbremse den

RWI Konjunkturbericht 74 (1)

durchschnittlichen Verbraucherpreis zu berechnen, wird für die vergangenen zwölf Monate jeweils das Minimum von Preisbremse und Neukundenpreis berechnet. Der Durchschnitt dieser Werte ergibt wiederum den durchschnittlichen Verbraucherpreis. Mittels dieser Berechnung werden auch die Gesamtausgaben für die Gaspreisbremse berechnet.

Gaspreise für Neukunden

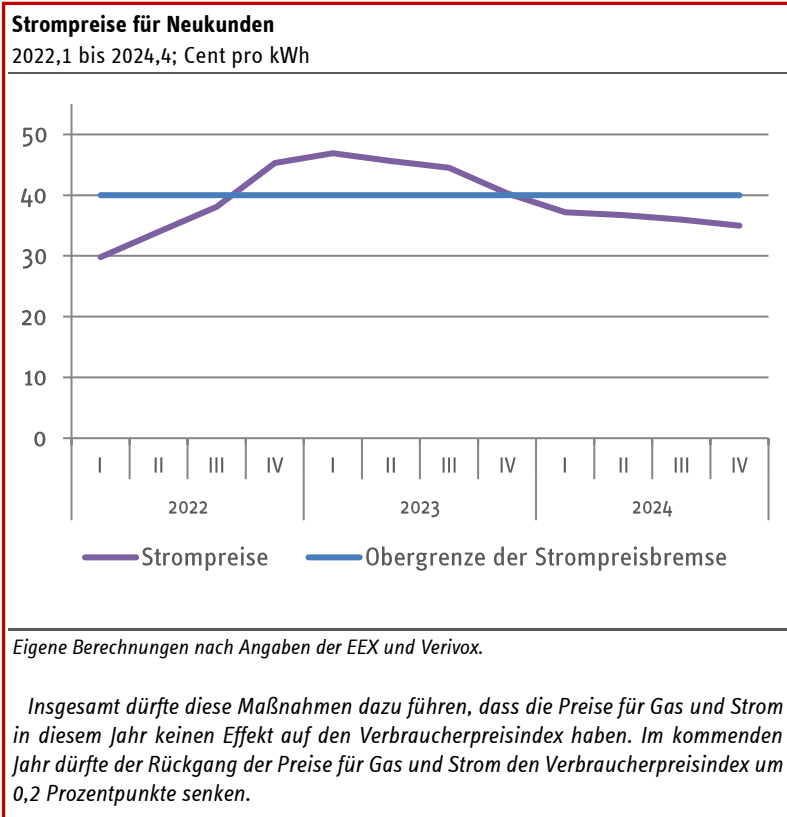
2022,1 bis 2024,4; Cent pro kWh



Eigene Berechnungen nach Angaben der EEX und Verivox.

Auch die Großhandelspreise für Strom sind in den vergangenen Monaten wieder deutlich gesunken; zu Beginn dieses Jahres lagen sie bei 142 Euro je MWh. Die Terminnotierungen deuten darauf hin, dass die Großhandelspreise für Strom im Prognosezeitraum konstant bleiben. Nach Angaben von Verivox lagen die durchschnittlichen Neukundenpreise für Strom für private Haushalte zu Beginn des Jahres 2023 bei 44 Cent je kWh. Die weitere Entwicklung der Strompreise auf der Verbraucherstufe wird analog zu den Gaspreisen abgeleitet. Danach dürften die durchschnittlichen Strompreise für private Haushalte bis Ende dieses Jahres über der in dem in der Strompreisbremse festgelegten Obergrenze von 40 Cent je kWh liegen. Zu Beginn des kommenden Jahres dürften sie dann unter 40 Cent je kWh sinken (Schaubild).

Frühjahr 2023



8. Gesamtstaatliches Defizit geht zurück

Das vergangene Jahr stand im Zeichen hoher Ausgaben in Zusammenhang mit hohen Energiepreisen. So wurden Gasimporteure verstaatlicht und eine Reihe von Transfers an verschiedene Bevölkerungsgruppen geleistet, wobei die „Energiepreispauschale“ an Berufstätige den größten Einzelposten darstellt. Im laufenden Jahr dürften die Gas- und Strompreisbremsen die bedeutendsten Maßnahmen darstellen. Dabei kommt der Staat für einen Anteil des Vorjahresverbrauchs für die Differenz zwischen tatsächlichem Preis pro Kilowattstunde und einem festgesetzten Preis auf. Da die Gas- und Strompreise mittlerweile wieder deutlich unter ihre Höchstwerte vom Vorjahr gefallen sind und für viele Kunden unter den festgesetzten Preisen liegen werden, dürften die Ausgaben für die Preisbremsen wohl jeweils im niedrigen zweistelligen Milliardenbereich bleiben. Im kommenden Jahr werden durch die

RWI Konjunkturbericht 74 (1)

Preisbremsen wohl keine relevanten Zahlungen mehr erfolgen. Vor allem weil Staatsausgaben im Zusammenhang mit hohen Energiepreisen im vergangenen Jahr höher ausfielen als im laufenden, ist die Finanzpolitik 2023 restriktiv ausgerichtet. 2024 fallen auch die Preisbremsen weg, so dass die Finanzpolitik abermals restriktiv ist (Tabelle 7).

Tabelle 7

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsbelastungen (-) und -entlastungen (+) gegenüber Vorjahr in Mrd. €

	2023	2024
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Sonstige steuerliche Maßnahmen	-7,3	13,6
Inflationsausgleichsgesetz	-12,3	-14,6
Jahressteuergesetz 2022	-2,7	0,7
Erhöhung der CO ₂ -Steuer	0,0	2,0
Anhebung LKW-Maut	0,7	0,0
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anhebung Pflegeversicherungssatz (Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz)	3,2	6,6
Erhöhung ALV-Satz um 0,2 Prozentpunkte 2023	2,7	0,0
Erhöhung Zusatzbeitrag KV 2023 um 0,3 Prozentpunkte	3,5	0,0
Erhöhung Gleitzone und Minijobgrenze	-1,3	0,0
Erhöhung Insolvenzgeldumlage um 0,3 Prozentpunkte 2023	0,8	0,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Einführung des Bürgergelds	-3,0	0,0
Erhöhung des Wohngelds	-4,0	0,0
Erhöhung Kindergeld 2023	-6,3	1,5
Erhöhung Kinderzuschlag	-0,2	0,0
Einmalzuschlag an SGB-II-Empfänger	0,3	0,0
Zahlung von 300 Euro an Arbeitnehmer (netto)	10,0	0,0
Einmalzahlung an Rentner und Pensionäre (netto)	7,0	0,0
Gas-Abschlagszahlung Dezember 2022	8,0	0,0
Strompreisbremse	-11,0	11,0
Gaspreisbremse	-14,0	14,0
Ausgaben des EKF/KTF	-1,5	-0,5
Heizkostenzuschüsse an Wohngeldempfänger 2022	1,5	0,0
Einmalzahlung an Rentner und Pensionäre 2022 (netto)	7,0	-1,0
Einmalzahlung an Studenten	-0,6	0,0
Kinderbonus 2022	1,4	0,0
Energiekostenzuschuss an Unternehmen	4,0	1,0

Frühjahr 2023

noch: Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsbelastungen (-) und -entlastungen (+) gegenüber Vorjahr in Mrd. €

	2023	2024
9-Euro-Ticket und Subvention ÖPNV	-0,5	-0,5
Schutzausrüstung, Schnelltests und Impfkampagne	5,0	1,0
Aufstockung Gasreserve	3,5	0,5
Pflegebonus 2022	1,0	0,0
Rettung von Gasimporteuren 2022	22,0	0,0
Ausgaben der Sozialversicherung		
Einmalzahlung an ALG-Empfänger	0,1	0,0
Angleichung Rentenwert Ost	-0,5	-0,4
Grundrente	0,9	0,0
Insgesamt	17,5	34,9
In Relation zum nominalen BIP in Prozent	0,4%	0,8%

Berechnungen des RWI nach Angaben des BMF, des BMAS und des BMWIs - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ²Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassensjahr

Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Haushalte dürfte im laufenden Jahr – nach gut 101 Mrd. Euro im Jahr 2022 – auf 70 Mrd. Euro zurückgehen. Im Zuge von Steuerensenkungen, etwa durch das Inflationsausgleichsgesetz, steigen die Steuereinnahmen zwar weniger stark als das nominale Bruttoinlandsprodukt. Die Sozialbeiträge legen hingegen, gestützt durch Beitragssatzerhöhungen, kräftig zu. Der Anstieg der Staatsausgaben wird durch das Wegfallen von 2022 erfolgten Zahlungen an Unternehmen und Privathaushalte im Zuge der hohen Energiepreise gedämpft.

2024 setzt ergibt sich ein ähnliches Bild. Die Staatsausgaben werden wegen des Wegfalls von Sondereffekten, etwa der Gas- und Strompreisbremsen, moderat zulegen, so dass das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit auf knapp 58 Mrd. Euro zurückgeht.

Die Ausrichtung der Finanzpolitik ausweislich der Saldenmethode ergibt sich aus der Veränderung des strukturellen Primärsaldos (Tabelle 8). Der deutliche Rückgang des Finanzierungssaldos schlägt sich auch in einem Rückgang des Finanzierungsdefizits wieder. Danach ist die Finanzpolitik 2023 restriktiv. 2024 ist sie in abermals restriktiv.

Die Maastricht-Schuldenstandsquote der öffentlichen Haushalte dürfte von 68% im Jahre 2022 auf etwa 66% zum Ende des laufenden Jahres und auf knapp 65% Ende 2024 fallen.

Tabelle 8

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts, bzw. des Produktionspotenzials

	2020	2021	2022	2023 ^P	2024 ^P
Finanzierungssaldo des Staates	-4,3	-3,7	-2,6	-1,7	-1,3
-Konjunkturkomponente ¹	-1,7	-0,8	-0,4	-0,8	-0,3
=konjunkturbereinigter Fin,-saldo	-2,7	-2,9	-2,2	-0,9	-1,0
-Einmaleffekte ²	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0
=struktureller Finanzierungssaldo	-2,7	-2,9	-2,2	-0,9	-1,0
+Zinsausgaben	0,6	0,6	0,7	0,8	0,8
=struktureller Primärsaldo	-2,0	-2,3	-1,5	-0,1	-0,2

¹Berechnet mit Budgetsemielastizität von 0,55, ² Zahlungen an Betreiber von Kernkraftwerken, ^PEigene Prognose, Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, alle anderen Werte in Relation zum Produktionspotenzial,

9. Risiken

Risiken für die konjunkturelle Erholung gehen weiterhin von dem Fortgang des Krieges in der Ukraine aus. Auch andere geopolitische Spannungen könnten für eine steigende Unsicherheit sorgen. Dies würde vor allem die Investitionstätigkeit der Unternehmen stärker dämpfen als in der aktuellen Prognose unterstellt.

Außerdem besteht die Gefahr, dass die Inflationsraten hoch bleiben und damit die Inflationserwartungen nicht mehr mit den Zielen der Zentralbanken im Einklang stehen, so dass noch drastischere Zinserhöhungen notwendig werden. Ohnehin könnten vom raschen, starken Anstieg der Zinsen Risiken für die Finanzstabilität und Schuldentragfähigkeit ausgehen, nicht zuletzt in Schwellen- und Entwicklungsländern.

Mit der steigenden Öl- und Gasnachfrage im Zuge der globalen Konjunkturerholung könnten auch die Rohstoffpreise wieder anziehen. Darüber hinaus könnte es im kommenden Winter in Europa zu einer Gasmangellage kommen, wenn bei den Einsparanstrengungen nachgelassen wird und es nicht gelingt, auf den Weltmärkten ausreichend verflüssigtes Erdgas (LNG) zu beschaffen sowie die erneuerbaren Energien schnell genug auszubauen.

Literatur

Deutsche Bundesbank (2023), Monatsbericht Februar. Frankfurt a.M.

Döhrn, R., G. Barabas, B. Blagov, A. Fuest, P. Jäger, R. Jessen, M. Micheli und S. Rujin (2018), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort, Gefährdungen nehmen zu. RWI Konjunkturberichte 69 (3): 21-56.

Lawrence, M., P. Goodwin, M. O'Connor und D. Önkal (2006), Judgmental forecasting: A review of progress over the last 25years, International Journal of Forecasting 22(3): 493-518.

RWI (2023), RWI/ISL-Containerumschlag-Index: Welthandel ist schwach ins neue Jahr gestartet. Pressemitteilung vom 28.02.2023.

Schorfheide, F. und D. Song (2015), Real-Time Forecasting with a Mixed-Frequency VAR. Journal of Business & Economic Statistics, 33 (3): 366-380.

Anhang

Tabelle A1

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2021	2022	2023	2024
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,8	0,2	1,8
Bruttowertschöpfung (A-T)	2,7	1,8	0,2	1,9
darunter:				
Produzierendes Gewerbe o. Baugewerbe (B-E)	4,5	0,0	0,9	2,5
darunter				
Verarbeitendes Gewerbe (C)	5,1	0,2	1,6	2,4
Energie-, Wasserversorgung, usw. (D-E)	1,1	-1,5	-3,7	3,6
Baugewerbe (F)	-1,4	-2,9	-1,7	2,4
Handel, Verkehr,				
Gastgewerbe (G-I)	2,8	4,0	-1,4	2,0
Information und				
Kommunikation (J)	3,6	3,5	2,3	1,2
Finanz- und Versicherungsdienstleister (K)	0,3	2,2	1,7	2,2
Grundstücks- und Wohnungswesen (L)	0,9	1,1	0,8	0,8
Unternehmensdienstleister (M-N)	4,4	2,7	-0,2	2,0
Öffentliche Dienstleister (O-Q)	2,0	2,4	1,0	1,6
Sonstige Dienstleister (R-T)	1,6	-4,6	1,2	1,2

Eigene Prognose auf Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Real.

RWI Konjunkturbericht 74 (1)

Tabelle A3

Hauptaggregate der Sektoren

2022; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 498,5	2 372,8	399,0	726,8	-
2 - Abschreibungen	792,7	452,7	100,3	239,7	-
3 = Nettowertschöpfung	2 705,8	1 920,0	298,7	487,1	-79,5
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 025,3	1 464,9	306,7	253,6	18,3
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	38,6	28,2	0,3	10,1	-
6 + Empf. s. Subventionen	54,1	44,7	0,1	9,2	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	696,0	471,6	-8,2	232,6	-97,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 029,8	-	-	2 029,8	13,8
9 - Gel. Subventionen	72,8	-	72,8	-	4,7
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	420,5	-	420,5	-	10,0
11 - Gel. Vermögenseinkommen	710,3	663,9	26,1	20,2	233,2
12 + Empf. Vermögenseinkommen	843,0	428,9	16,6	397,5	100,5
13 = Primäreinkommen	3 206,2	236,6	330,0	2 639,7	-211,4
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	514,1	122,4	-	391,7	14,2
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	527,8	-	527,8	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	809,1	-	-	809,1	4,6
17 + Empf. Sozialbeiträge	809,2	142,5	665,8	0,9	4,5
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	693,5	73,9	618,7	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	685,5	-	-	685,5	8,6
20 - Gel. s. lauf. Transfers	424,8	216,9	113,4	94,6	70,1
21 + Empf. s. lauf. Transfers	363,7	191,3	28,0	144,4	131,3
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 150,8	157,2	819,5	2 174,2	-156,0
23 - Konsumausgaben	2 827,3	-	848,4	1 978,9	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-59,0	-	59,0	-
25 = Sparen	323,5	98,2	-29,0	254,2	-156,0
26 - Gel. Vermögenstransfers	125,2	18,2	91,4	15,7	7,0
27 + Empf. Vermögenstransfers	112,4	72,9	19,0	20,5	19,8
28 - Bruttoinvestitionen	960,2	569,4	101,6	289,2	-
29 + Abschreibungen	792,7	452,7	100,3	239,7	-
Nettoz. an nichtprod. Verm.gü- tern	10,7	11,2	-1,3	0,8	-10,7
31 = Finanzierungssaldo	132,5	25,0	-101,3	208,8	-132,5
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 150,8	157,2	819,5	2 174,2	-156,0
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-540,3	540,3	-
Verfüg. Eink. (Verbrauchskon- zept)	3 150,8	157,2	279,1	2 714,5	-156,0

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Frühjahr 2023

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2023; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 796,2	2 592,3	411,2	792,7	-
2 - Abschreibungen	854,2	487,7	109,2	257,3	-
3 = Nettowertschöpfung	2 942,0	2 104,6	302,0	535,4	-178,5
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 148,3	1 552,5	311,3	284,5	18,3
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	38,6	27,9	0,3	10,4	-
6 + Empf. s. Subventionen	44,9	40,6	0,1	4,1	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	799,8	564,7	-9,5	244,6	-196,8
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 152,8	-	-	2 152,8	13,8
9 - Gel. Subventionen	82,7	-	82,7	-	4,8
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	421,9	-	421,9	-	10,4
11 - Gel. Vermögenseinkommen	694,8	636,6	32,1	26,1	251,5
12 + Empf. Vermögenseinkommen	837,3	425,3	17,3	394,7	109,0
13 = Primäreinkommen	3 434,4	353,4	314,9	2 766,1	-320,0
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	546,2	133,4	-	412,8	13,6
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	559,2	-	559,2	-	0,6
16 - Gel. Sozialbeiträge	857,3	-	-	857,3	5,0
17 + Empf. Sozialbeiträge	857,7	144,0	712,8	0,9	4,6
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	728,7	75,0	652,8	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	720,6	-	-	720,6	8,8
20 - Gel. s. lauf. Transfers	422,2	223,1	102,9	96,3	68,5
21 + Empf. s. lauf. Transfers	352,4	162,5	31,4	158,4	138,3
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 369,6	228,4	862,7	2 278,6	-255,3
23 - Konsumausgaben	2 965,1	-	884,2	2 080,8	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-59,2	-	59,2	-
25 = Sparen	404,6	169,2	-21,6	256,9	-255,3
26 - Gel. Vermögenstransfers	104,7	18,3	70,6	15,8	7,1
27 + Empf. Vermögenstransfers	91,8	51,4	19,7	20,7	20,0
28 - Bruttoinvestitionen	1 003,5	598,0	108,2	297,4	-
29 + Abschreibungen	854,2	487,7	109,2	257,3	-
Nettoz. an nichtprod. Verm.gü- tern	10,7	11,2	-1,3	0,8	-10,7
31 = Finanzierungssaldo	231,6	80,7	-70,1	221,0	-231,6
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 369,6	228,4	862,7	2 278,6	-255,3
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-562,2	562,2	-
Verfüg. Eink. (Verbrauchskon- zept)	3 369,6	228,4	300,5	2 840,8	-255,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

RWI Konjunkturbericht 74 (1)

Noch: Hauptaggregate der Sektoren

2024; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	3 944,8	2 680,9	433,4	830,5	-
2 - Abschreibungen	901,8	513,5	115,4	272,9	-
3 = Nettowertschöpfung	3 043,0	2 167,4	318,0	557,6	-204,9
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	2 273,6	1 642,4	328,7	302,5	18,3
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	40,8	29,8	0,3	10,7	-
6 + Empf. s. Subventionen	46,3	41,6	0,1	4,5	-
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	774,8	536,8	-10,9	248,9	-223,2
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	2 278,3	-	-	2 278,3	13,6
9 - Gel. Subventionen	60,4	-	60,4	-	4,9
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	432,9	-	432,9	-	10,7
11 - Gel. Vermögenseinkommen	702,1	641,0	36,1	25,1	253,5
12 + Empf. Vermögenseinkommen	850,8	442,6	18,0	390,2	104,8
13 = Primäreinkommen	3 574,1	338,4	343,5	2 892,3	-352,5
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	555,4	129,6	-	425,8	13,7
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	568,4	-	568,4	-	0,7
16 - Gel. Sozialbeiträge	902,4	-	-	902,4	5,4
17 + Empf. Sozialbeiträge	903,0	145,5	756,6	0,9	4,7
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	757,1	76,1	680,1	0,9	0,6
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	748,7	-	-	748,7	9,0
20 - Gel. s. lauf. Transfers	430,8	229,5	103,2	98,1	67,2
21 + Empf. s. lauf. Transfers	361,6	170,7	33,9	156,9	136,4
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 510,3	219,4	919,1	2 371,7	-288,6
23 - Konsumausgaben	3 095,7	-	920,7	2 174,9	-
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche	-	-59,4	-	59,4	-
25 = Sparen	414,6	160,0	-1,6	256,2	-288,6
26 - Gel. Vermögenstransfers	112,9	18,5	78,4	16,0	7,2
27 + Empf. Vermögenstransfers	99,9	58,5	20,4	20,9	20,2
28 - Bruttoinvestitionen	1 027,8	601,7	114,7	311,3	-
29 + Abschreibungen	901,8	513,5	115,4	272,9	-
Nettoz. an nichtprod. Verm.gü- tern	10,7	11,2	-1,3	0,8	-10,7
31 = Finanzierungssaldo	264,8	100,5	-57,6	221,9	-264,8
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	3 510,3	219,4	919,1	2 371,7	-288,6
29 + Soziale Sachleistungen	-	-	-580,4	580,4	-
Verfüg. Eink. (Verbrauchskon- zept)	3 510,3	219,4	338,8	2 952,1	-288,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Frühjahr 2023

Tabelle A4

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,1	1,3	0,6	0,0	0,8	0,5	0,1	-0,1
Arbeitsvolumen	1,7	1,4	-0,5	0,7	-0,5	-0,5	0,6	0,8
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	1,6	0,1	-1,1	0,8	-1,2	-0,9	0,6	0,9
Produktivität ¹	0,9	0,4	0,7	1,1	0,6	0,7	0,8	1,3
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	2,6	1,8	0,2	1,8	0,2	0,2	1,5	2,2

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 571,3	2 827,3	2 965,1	3 095,7	1 446,7	1 518,4	1 510,6	1 585,1
Private Haushalte ²	1 773,8	1 978,9	2 080,8	2 174,9	1 015,7	1 065,2	1 061,0	1 113,9
Staat	797,5	848,4	884,2	920,7	431,0	453,2	449,5	471,2
Anlageinvestitionen	783,8	872,3	905,3	947,5	437,0	468,3	457,6	489,9
Bauten	416,7	474,6	491,3	514,4	240,1	251,2	251,5	263,0
Ausrüstungen	229,4	253,7	265,6	277,5	126,7	138,9	132,7	144,8
Sonstige Anlageinvestitionen	137,7	144,0	148,4	155,5	70,2	78,2	73,5	82,1
Vorratsveränderung ³	55,1	87,9	98,2	80,3	62,7	35,5	53,3	27,0
Inländische Verwendung	3 410,2	3 787,5	3 968,6	4 123,5	1 946,4	2 022,2	2 021,5	2 102,0
Außenbeitrag	191,6	79,5	178,5	204,9	90,3	88,2	107,0	98,0
Nachrtl: in Relation zum BIP in %	5,3	2,1	4,3	4,7	4,4	4,2	5,0	4,5
Exporte	1 693,9	1 946,6	1 961,1	2 033,6	974,0	987,1	999,5	1 034,1
Importe	1 502,4	1 867,1	1 782,5	1 828,7	883,6	898,9	892,6	936,1
Bruttoinlandsprodukt	3 601,8	3 867,1	4 147,1	4 328,4	2 036,7	2 110,4	2 128,5	2 199,9

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	4,5	10,0	4,9	4,4	5,8	4,0	4,4	4,4
Private Haushalte ²	3,5	11,6	5,1	4,5	6,5	3,9	4,5	4,6
Staat	6,6	6,4	4,2	4,1	4,2	4,3	4,3	4,0
Anlageinvestitionen	6,5	11,3	3,8	4,7	4,5	3,1	4,7	4,6
Bauten	8,3	13,9	3,5	4,7	3,7	3,4	4,7	4,7
Ausrüstungen	5,5	10,6	4,7	4,5	7,4	2,4	4,8	4,3
Sonstige Anlageinvestitionen	2,9	4,6	3,0	4,8	2,3	3,7	4,7	4,9
Inländische Verwendung	6,1	11,1	4,8	3,9	6,1	3,5	3,9	3,9
Exporte	15,6	14,9	0,7	3,7	3,4	-1,8	2,6	4,8
Importe	18,0	24,3	-4,5	2,6	-0,5	-8,2	1,0	4,1
Bruttoinlandsprodukt	5,8	7,4	7,2	4,4	7,9	6,6	4,5	4,2

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2015)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 333,0	2 411,3	2 408,2	2 452,8	1 186,7	1 221,5	1 206,8	1 246,0
Private Haushalte ²	1 627,5	1 698,0	1 693,5	1 735,6	830,8	862,7	849,6	885,9
Staat	703,6	711,8	713,1	715,8	355,0	358,1	356,4	359,4
Anlageinvestitionen	672,6	675,3	665,2	677,6	323,6	341,6	328,8	348,8
Bauten	328,7	323,0	309,3	312,3	152,9	156,4	153,6	158,7
Ausrüstungen	215,8	222,9	224,9	231,1	107,7	117,2	110,7	120,4
Sonstige Anlageinvestitionen	126,6	129,2	133,4	137,7	63,4	70,1	65,4	72,3
Inländische Verwendung	3 024,0	3 117,6	3 120,2	3 173,2	1 539,5	1 580,7	1 561,9	1 611,3
Exporte	1 572,5	1 617,7	1 633,4	1 690,7	808,3	825,1	835,2	855,5
Importe	1 395,8	1 479,5	1 490,9	1 541,4	730,7	760,2	755,4	786,0
Bruttoinlandsprodukt	3 203,8	3 261,0	3 267,4	3 327,2	1 619,8	1 647,6	1 643,7	1 683,5

RWI Konjunkturbericht 74 (1)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr								
Konsumausgaben	1,4	3,4	-0,1	1,9	-0,4	0,1	1,7	2,0
Private Haushalte ²	0,4	4,3	-0,3	2,5	-0,5	-0,1	2,3	2,7
Staat	3,8	1,2	0,2	0,4	-0,2	0,6	0,4	0,4
Anlageinvestitionen	1,2	0,4	-1,5	1,9	-2,0	-1,1	1,6	2,1
Bauten	0,0	-1,7	-4,2	1,0	-5,9	-2,5	0,5	1,5
Ausrüstungen	3,5	3,3	0,9	2,8	2,5	-0,5	2,8	2,7
Sonstige Anlageinvestitionen	1,0	2,1	3,3	3,2	3,3	3,2	3,2	3,3
Inländische Verwendung	1,9	3,1	0,1	1,7	0,2	0,0	1,5	1,9
Exporte	9,7	2,9	1,0	3,5	1,2	0,8	3,3	3,7
Importe	9,0	6,0	0,8	3,4	1,4	0,1	3,4	3,4
Bruttoinlandsprodukt	2,6	1,8	0,2	1,8	0,2	0,2	1,5	2,2

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2015=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	3,1	6,9	5,4	2,0	7,0	3,9	2,2	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,7	5,2	4,0	3,7	4,4	3,7	3,9	3,6
Anlageinvestitionen	5,2	10,8	5,4	2,7	6,6	4,2	3,1	2,5
Bauten	8,3	15,9	8,1	3,7	10,2	6,0	4,2	3,2
Ausrüstungen	1,9	7,1	3,8	1,7	4,8	2,9	1,9	1,5
Exporte	5,4	11,7	-0,2	0,2	2,2	-2,5	-0,7	1,0
Importe	8,3	17,3	-5,3	-0,8	-1,9	-8,3	-2,3	0,7
Bruttoinlandsprodukt	3,1	5,5	7,0	2,5	7,7	6,4	3,0	2,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 465,1	2 639,7	2 766,1	2 892,3	1 352,9	1 413,2	1 415,6	1 476,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	347,5	359,7	379,7	401,5	181,8	197,9	192,5	209,0
Bruttolöhne und -gehälter	1 570,6	1 670,0	1 773,2	1 876,8	835,4	937,8	886,5	990,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	547,1	609,9	613,2	614,0	335,7	277,5	336,6	277,4
Primäreinkommen der übr. Sektoren	559,5	566,6	668,3	681,9	321,4	346,9	328,6	353,2
Nettonationaleink. (Primäreink.)	3 024,6	3 206,2	3 434,4	3 574,1	1 674,3	1 760,1	1 744,2	1 829,9
Abschreibungen	704,9	792,7	854,2	901,8	419,9	434,3	444,3	457,5
Bruttonationaleinkommen	3 729,5	3 998,9	4 288,6	4 475,9	2 094,2	2 194,4	2 188,5	2 287,4
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	2 743,4	2 858,5	3 095,2	3 201,7	1 509,2	1 585,9	1 561,7	1 640,0
Arbeitnehmerentgelt	1 918,0	2 029,8	2 152,8	2 278,3	1 017,1	1 135,7	1 079,0	1 199,3
Unternehmens- und Verm.einkomm	825,4	828,7	942,3	923,4	492,1	450,2	482,7	440,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	3,0	7,1	4,8	4,6	4,8	4,8	4,6	4,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,5	3,5	5,5	5,7	4,5	6,6	5,9	5,6
Bruttolöhne und -gehälter	3,7	6,3	6,2	5,8	5,9	6,4	6,1	5,6
Bruttolöhne und -gehäl. je Besch.	3,3	4,7	5,4	5,8	4,9	5,8	6,0	5,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	11,5	0,5	0,1	2,2	-1,4	0,2	0,0
Primäreinkommen der übr. Sektoren	23,9	1,3	18,0	2,0	22,9	13,7	2,2	1,8
Nettonationaleink. (Primäreink.)	6,3	6,0	7,1	4,1	7,8	6,4	4,2	4,0
Abschreibungen	6,5	12,5	7,8	5,6	8,3	7,3	5,8	5,3
Bruttonationaleinkommen	6,4	7,2	7,2	4,4	7,9	6,6	4,5	4,2
nachrichtlich:								
Volkseinkommen	6,7	4,2	8,3	3,4	9,9	6,8	3,5	3,4
Arbeitnehmerentgelt	3,5	5,8	6,1	5,8	5,6	6,4	6,1	5,6
Unternehmens- und Verm.einkomm.	15,0	0,4	13,7	-2,0	19,7	7,8	-1,9	-2,1

Frühjahr 2023

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd.EUR

Masseneinkommen	1 595,4	1 667,3	1 771,9	1 865,1	845,5	926,4	889,5	975,6
Nettolöhne und -gehälter	1 062,6	1 128,8	1 200,4	1 267,4	559,8	640,6	592,0	675,4
Monetäre Sozialleistungen	676,5	685,5	720,6	748,7	359,0	361,6	372,6	376,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	143,7	147,0	149,0	151,0	73,2	75,8	75,1	75,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	547,1	609,9	613,2	614,0	335,7	277,5	336,6	277,4
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 111,3	- 103,0	- 106,5	- 107,3	- 56,0	- 50,6	- 56,2	- 51,2
Verfügbares Einkommen	2 031,2	2 174,2	2 278,6	2 371,7	1 125,3	1 153,3	1 169,9	1 201,9
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	58,7	59,0	59,2	59,4	28,8	30,5	28,9	30,6
Konsumausgaben	1 773,8	1 978,9	2 080,8	2 174,9	1 015,7	1 065,2	1 061,0	1 113,9
Sparen	316,0	254,2	256,9	256,2	138,3	118,6	137,7	118,5
Sparquote (%) ⁶	15,1	11,4	11,0	10,5	12,0	10,0	11,5	9,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,3	4,5	6,3	5,3	7,0	5,6	5,2	5,3
Nettolöhne und -gehälter	4,2	6,2	6,3	5,6	6,6	6,1	5,8	5,4
Monetäre Sozialleistungen	1,8	1,3	5,1	3,9	6,3	3,9	3,8	4,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,5	2,3	1,4	1,3	1,4	1,3	2,6	0,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,6	11,5	0,5	0,1	2,2	- 1,4	0,2	0,0
Verfügbares Einkommen	2,1	7,0	4,8	4,1	6,1	3,6	4,0	4,2
Konsumausgaben	3,5	11,6	5,1	4,5	6,5	3,9	4,5	4,6
Sparen	- 6,1	19,6	1,1	- 0,3	1,8	0,2	- 0,5	- 0,1

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen								
Steuern	877,8	948,3	981,0	1 001,3	486,2	494,8	493,5	507,7
Nettosozialbeiträge	633,7	665,8	712,8	756,6	340,9	371,9	363,5	393,1
Vermögenseinkommen	15,2	16,6	17,3	18,0	9,4	7,8	9,9	8,2
Sonstige Transfers	30,1	28,0	31,4	33,9	12,3	19,1	12,6	21,4
Vermögenstransfers	20,3	19,0	19,7	20,4	8,5	11,3	8,7	11,7
Verkäufe	134,6	143,0	146,9	152,3	68,4	78,6	70,9	81,4
Sonstige Subventionen	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 711,7	1 820,8	1 909,4	1 982,7	925,8	983,6	959,1	1 023,6
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	557,6	592,8	620,3	640,0	303,7	316,6	313,4	326,5
Arbeitnehmerentgelt	294,4	306,7	311,3	328,7	146,5	164,7	155,5	173,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	20,8	26,1	32,1	36,1	15,3	16,8	17,8	18,3
Subventionen	111,6	72,8	82,7	60,4	45,1	37,6	30,3	30,1
Monetäre Sozialleistungen	610,9	618,7	652,8	680,1	325,2	327,6	338,4	341,7
Sonstige laufende Transfers	90,4	113,4	102,9	103,2	47,8	55,1	47,6	55,6
Vermögenstransfers	68,1	91,4	70,6	78,4	26,9	43,7	30,4	48,0
Bruttoinvestitionen	93,4	101,6	108,2	114,7	46,5	61,6	49,4	65,4
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gsgütern	- 1,2	- 1,3	- 1,3	- 1,3	- 0,6	- 0,7	- 0,6	- 0,7
Insgesamt	1 846,0	1 922,1	1 979,5	2 040,3	956,5	1 023,0	982,2	1 058,1
Finanzierungssaldo	- 134,3	- 101,3	- 70,1	- 57,6	- 30,6	- 39,4	- 23,1	- 34,5

RWI Konjunkturbericht 74 (1)

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2023 bis 2024

	2021	2022	2023	2024	2023		2024	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen								
Steuern	13,3	8,0	3,5	2,1	4,0	3,0	1,5	2,6
Nettosozialbeiträge	4,2	5,1	7,1	6,1	6,0	8,1	6,6	5,7
Vermögenseinkommen	- 22,2	9,1	4,3	4,3	4,4	4,1	4,4	4,2
Sonstige Transfers	23,1	- 6,9	12,3	7,9	1,8	20,4	1,8	11,8
Vermögenstransfers	31,0	- 6,6	3,9	3,6	- 5,8	12,7	3,2	3,9
Verkäufe	6,0	6,3	2,7	3,7	2,7	2,7	3,6	3,7
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	9,1	6,4	4,9	3,8	4,5	5,2	3,6	4,1
Ausgaben								
Vorleistungen ⁸	8,3	6,3	4,6	3,2	5,7	3,6	3,2	3,1
Arbeitnehmerentgelt	3,6	4,2	1,5	5,6	- 1,2	4,0	6,1	5,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 3,4	25,8	22,7	12,5	21,5	23,8	16,5	8,9
Subventionen	52,1	- 34,8	13,6	- 26,9	55,7	- 14,2	- 32,8	- 19,7
Monetäre Sozialleistungen	1,8	1,3	5,5	4,2	6,9	4,2	4,1	4,3
Sonstige laufende Transfers	9,5	25,4	- 9,3	0,3	9,4	- 21,0	- 0,3	0,9
Vermögenstransfers	41,4	34,2	- 22,8	11,1	17,4	- 36,2	13,1	9,9
Bruttoinvestitionen	0,2	8,8	6,5	6,1	6,4	6,5	6,1	6,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögengütern	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	7,5	4,1	3,0	3,1	7,3	- 0,8	2,7	3,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers. - ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

